



WIRTSCHAFTSSTRATEGIE 2030

der MIT Sachsen



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

>>Vorwort.....	6
>>Impressionen der Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie 2030 der MIT Sachsen	8
>>Kapitel 1: Was bedeutet Wirtschaftspolitik für den Freistaat Sachsen? Versuch einer Zusammenfassung der Wirtschaftsstrategie 2030	10
Was zeichnet Sachsen aus, wo liegen seine Wettbewerbsvorteile?	11
Status Quo der Mittelstands- und Strukturpolitik im Freistaat Sachsen.....	12
An welchen Zielen richten wir uns aus?	14
Wie können wir uns diesen Zielen nähern? Wege und Aufgaben.....	15
Nachhaltige Unterstützung von Wachstumsprozessen im Mittelstand ..	15
Wertschöpfung und Produktivität im sächsischen Mittelstand erhöhen.	19
Konsequente Internationalisierung der sächsischen Unternehmen.....	21
Unterstützung der Bildung von Ressourcen im Innovationsprozess	21
Bürokratieminimierung zur Freisetzung produktiver Potenziale in Unternehmen sowie zur Verhinderung der Absorption qualifizierten Potenzials im öffentlichen Dienst	23
Gewährleistung der erforderlichen Mobilitäts-Infrastruktur.....	25
Beseitigung mittelstandsfeindlicher Elemente in der Energiepolitik	25
Zusammenfassung	28
>>Kapitel 2: Unsere Vision für den Wirtschaftsstandort Sachsen im Jahr 2030.....	30
>>Kapitel 3: Technologiepolitik und Innovationskultur.....	33
Zusammenfassung:	33
Status-Quo der Technologiepolitik im Freistaat Sachsen	34
Bedeutung der Technologiepolitik und Innovationskultur für die Wirtschaftspolitik.....	35
Ziele	38
Wege und Aufgaben.....	39

Staatliche Institutionen	39
Unternehmen.....	43
Unternehmensverbände und Kammern.....	44
Universitäten und Forschungseinrichtungen.....	44
Technologie- und Gründerzentren.....	45
>>Kapitel 4: Mobilitäts- und Transportinfrastruktur	47
Zusammenfassung:	47
Status Quo der Mobilitäts- und Transportinfrastruktur im Freistaat Sachsen	49
Aktuelle Situation der Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen	49
Datenübertragungsinfrastruktur.....	55
Herausforderungen und Ziele der zukünftigen Infrastrukturplanung.....	57
Wege und Aufgaben.....	59
Staatliche Institutionen	59
Supranationale und übergeordnete Institutionen	62
Unternehmen.....	63
Universitäten und Forschungsinstitute.....	64
>>Kapitel 5: Fachkräftebedarf und Bildungspolitik	65
Zusammenfassung:	65
Status Quo	67
Ziele	69
Wege und Aufgaben.....	70
Staatliche Institutionen	70
Wirtschaft.....	73
Schulen.....	75
Hochschulen	76
>>Kapitel 6: Internationalisierung Sachsens nach innen und außen	79
Zusammenfassung:	79

Status-Quo der Internationalisierung des Freistaates Sachsen	81
a) Offenheit für Fachkräfte und Willkommenskultur	81
b) Internationale Einbindung Sachsens.....	84
c) Außendarstellung Sachsens	90
a) Offenheit für Fachkräfte und Willkommenskultur	91
b) Internationale Einbindung Sachsens.....	92
c) Außendarstellung Sachsens	93
Ziele	94
Wege und Aufgaben.....	95
a) Offenheit für Fachkräfte und Willkommenskultur	95
Staatliche Institutionen	95
Verwaltung.....	97
Unternehmen.....	97
b) Internationale Einbindung Sachsens.....	99
Staatliche Institutionen	99
Unternehmen.....	100
c) Außendarstellung Sachsens	101
Staatliche Institutionen	101
Unternehmen.....	101
>>Kapitel 7: Ausblick.....	102
Mitwirkende Personen an der Wirtschaftsstrategie 2030 der MIT Sachsen	103
Quellen- und Abbildungsnachweise	105
Impressum.....	108

>> Vorwort



Als die MIT Sachsen im März 2013 auf Bitten des Landesvorsitzender der CDU Sachsen, Ministerpräsident Stanislaw Tillich, mit der Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie für den Freistaat Sachsen begann, stand dahinter das Bestreben, uns konstruktiv in die Diskussion zur weiteren Entwicklung unseres Bundeslandes einzubringen.

Spätestens seit den Terroranschlägen von 2001 und schließlich auch mit der Wirtschafts, Finanz- und Währungskrise, die nun bereits seit 2008 dauert, ist ein Gefühl der Verunsicherung und Unbeständigkeit prägend für unsere wirtschaftlichen Planungen geworden. Hinzu kamen Natur- und technologische Katastrophen – Fukushima ist nur ein Beispiel dafür, wie ein derartiges Ereignis bisher als gegeben eingeschätzte Grundlagen unserer Wirtschaft nahezu auf den Kopf stellt. Jedoch zeigt dies, dass die Politik aktuell gefangen ist in der laufenden Krisenbewältigung. Gerade konnte das eine Feuer gelöscht werden, da bricht an anderer Stelle ein neues aus.

Die MIT Sachsen rief daher seit Ende 2012 zu einer Diskussion über eine Wirtschaftsstrategie Sachsen für das Jahr 2030 auf, wohl wissend, dass es nicht „DIE STRATEGIE“ geben kann und wird, jedoch um dazu beizutragen, dass auch in den aktuellen unruhigen Zeiten der Kompass nicht aus den Augen verloren wird.

In 14 Monaten diskutierten wir rein ehrenamtlich in vielfältiger Form ausgewählte Themenkomplexe. Die Diskussionsergebnisse sind in dieser Broschüre zusammengefasst.

Dabei lag uns sehr daran, nach Möglichkeit die einzelnen Planungsbereiche auch mit konkreten Zielen zu versehen. Wenngleich dies auch eine vermeintliche, Scheingenauigkeit suggerieren kann, so bietet es dennoch den Vorteil, den Zielerreichungsgrad bei strategischen Zahlen auch nachvollziehbar aufzeigen zu können.

Bei unseren Themenschwerpunkten haben wir uns mit den Fragen auseinandergesetzt, die Querschnittscharakter haben, sind also bewusst nicht in spezielle Branchenprobleme eingestiegen. Dies ist jedoch sicherlich ein Ansatzpunkt für die weitere Diskussion. Natürlich mussten auch angrenzende Themen, die von nicht unerheblicher Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Region sind, wie z.B. die demographische Entwicklung, die Entwicklung der Sozialstruktur im Stadt-Land-Vergleich u.dgl.m. ausgeblendet werden.

Heute überreichen wir Ihnen also unsere „Wirtschaftsstrategie Sachsen 2030“. Wir hoffen, dass es für Sie eine aufschlussreiche Lektüre sein wird, und zugleich hoffen wir, dass unsere Ansätze sich auch in der künftigen Wirtschaftspolitik niederschlagen werden.

Dresden, den 16.05.2014



Dr. Markus Reichel
Landesvorsitzender der MIT Sachsen

>> Impressionen der Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie 2030 der MIT Sachsen

**Auftaktveranstaltung bei der Handwerkskammer Dresden am 04.03.2013
mit dem CDU Landesvorsitzenden Ministerpräsident Stanislaw Tillich**





MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU SACHSEN

Offenes Diskussionsforum am 21.11.2013 bei der SYSTEMA Systementwicklung Dipl.-Inf. Manfred Austen GmbH



>> Kapitel 1: Was bedeutet Wirtschaftspolitik für den Freistaat Sachsen? Versuch einer Zusammenfassung der Wirtschaftsstrategie 2030



In unserer Vision des Wirtschaftsstandortes Sachsen sehen wir diesen als eine für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber attraktive, weltoffene Region, in der wirtschaftliche Traditionen mit einer gelebten Innovationskultur verbunden sind.

Wie können wir diese Vision in die Realität umsetzen?

Wirtschaftspolitik kann im Freistaat Sachsen nur Mittelstandspolitik sein, denn der Mittelstand ist für den weitaus überwiegenden Teil der Wertschöpfung wie auch der Arbeitsplätze verantwortlich. Zugleich muss die Wirtschaftspolitik sich als Strukturpolitik maßgeblich daran ausrichten, wie heute anpassungsfähige und effiziente Strukturen der gesamten Wirtschaft geschaffen werden, die in der Lage sind, auf die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte flexibel zu reagieren. Hier ist ebenfalls der Mittelstand von besonderer Bedeutung, da er gerade angesichts seiner Vielfalt besonders gut auf neue Herausforderungen reagieren kann. Jedoch auch mittelständische Strukturen benötigen einen entsprechenden Rahmen, innerhalb dessen sie sich am besten entfalten können. Dieser ist gekennzeichnet durch:

- **Einen stabilen Rechtsrahmen**, in dem mittelständische Unternehmen nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis Bestandsschutz für ihre gesetzlichen Rechte haben, und in dem die **Innere Sicherheit** ausreichend geschützt ist;
- Eine an der **sozialen Marktwirtschaft** ausgerichtete Wirtschaftsordnung, in der marktwirtschaftliche Kräfte ausreichend Raum erhalten, um die notwendige Anpassung und Erneuerung der Wirtschaft laufend zu ermöglichen;
- Eine Größenstruktur der Unternehmen, die ausreichende „**kritische Massen**“ für weitere Entwicklungs-, Wachstums- und Innovationsprozesse ermöglichen;
- Eine Infrastruktur, die insbesondere **Kommunikation und Transport** innerhalb des Freistaates Sachsen sowie zwischen dem Freistaat und anderen Regionen absichert.

Was zeichnet Sachsen aus, wo liegen seine Wettbewerbsvorteile?

In den vergangenen 20 Jahren zog Sachsen die Dynamik seiner Wirtschaftsentwicklung aus einer ganz besonderen Kombination von **Alleinstellungsmerkmalen**, deren Bedeutung in der Zukunft eher noch steigen wird:

- Sachsen verfügt über eine **jahrhundertlange Tradition** in Bergbau und Industrie, die tief in der Bevölkerung verwurzelt ist;
- Das **Bildungsniveau** ist – gerade in den mathematisch-technischen Fachbereichen – hervorragend;
- Die Politik, und hier besonders die Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik - ist auf **Stabilität und Nachhaltigkeit** ausgerichtet;

- Sachsen liegt an der **Kreuzung traditioneller Handelswege** und ist **Bestandteil des traditionellen sächsisch-schlesisch-böhmischen Wirtschaftsraumes**, der über hervorragende Entwicklungsperspektiven verfügt;
- Die Sachsen sind bei allem Traditionsbewusstsein **technikfreundlich** und **veränderungsbereit**.

Status Quo der Mittelstands- und Strukturpolitik im Freistaat Sachsen

Seit jeher basiert sächsische Wirtschaft auf einem leistungsstarken Mittelstand in Industrie, Gewerbe und Handwerk. Aktuell gehören 99,9% aller sächsischen Unternehmen dem Mittelstand an und beschäftigen dabei drei Viertel aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Freistaat. Er ist damit Hauptverantwortlicher für das starke wirtschaftliche Wachstum, das Sachsen seit der Jahrtausendwende erreichte.¹

Aktuell gehören 99,9% aller sächsischen Unternehmen dem Mittelstand an und beschäftigen dabei drei Viertel aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Freistaat.

Der sächsische Mittelstand zeichnet sich vor allem durch seine Standorttreue und die Bereitschaft zur Ausbildung neuer Fachkräfte aus. Damit er weiterhin so erfolgreich agieren kann, müssen bis zum Jahr 2030 wichtige strukturelle Rahmenbedingungen seitens der Landesregierung geschaffen werden. Gleichzeitig muss jedoch der Vorsatz der Subsidiarität („Private Initiative vor staatlichem Eingriff“) gelten. Der Staat soll also auch in Zukunft nur dann in die wirtschaftlichen Belange des Freistaates eingreifen, wenn es wirklich unerlässlich ist, bzw. soweit er die erforderlichen Strukturen und harten wie weichen Standortfaktoren schafft, die einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum zugrunde liegen.

¹ Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, 2013.

Zusammenfassend gibt der sächsische Mittelstandsbericht 2011/2012 des sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr einen Überblick über die aktuelle Situation des sächsischen Mittelstandes. Die Ergebnisse zeigen, dass unser Mittelstand insgesamt auf einem guten Weg ist, wenngleich es immer noch große Ausbaupotenziale gibt. Beispielsweise ist hervorzuheben, dass die Wirtschaft in Sachsen kleinteiliger als in anderen Bundesländern ist und es stark an Großunternehmen mangelt.² Hier bedarf es in den nächsten Jahren einer Änderung, da größere Ankerunternehmen unerlässlich für eine gesunde Gesamtstruktur sind.

Besorgniserregend ist zudem, dass die Umsatzproduktivität der sächsischen Unternehmen in den letzten Jahren weiter im bundesdeutschen Vergleich gesunken ist, wodurch sich der Abstand zu den alten Bundesländern weiter vergrößert hat. Momentan beträgt der Umsatz je Vollzeitäquivalent lediglich 65% des Alt-Bundesländer-Niveaus. Vereinfachend lässt sich dabei feststellen, dass das Produktivitätsniveau mit zunehmender Betriebsgröße steigt. Vor allem in den mittleren und Großbetrieben hat Sachsen derzeit großen Nachholbedarf in Hinblick auf die Umsatzproduktivität, bzw. kann durch einen höheren Anteil von größeren Unternehmen die Produktivität erhöht werden.³ Daraus leiten sich mehrere Folgeprobleme ab: Eine niedrige Produktivität erlaubt auch nur ein niedriges Lohnniveau. Vor allem hinsichtlich der Einführung des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes können hier in den nächsten Jahren erhebliche Probleme für den sächsischen Mittelstand erwachsen.

Ein weiteres Problem der sächsischen Wirtschaft ist die vergleichsweise geringe Anzahl an Frauen in Führungspositionen von selbstständigen Unternehmen. Lediglich ein Drittel aller selbstständigen Unternehmer in Sachsen sind heute Frauen.⁴

Große Defizite lassen sich aktuell im Bereich Forschung und Innovation ausmachen. Zwar ist der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP auf der Höhe des Bun-

² Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, 2013, S.11ff.

³ Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, 2013, S.23ff.

⁴ Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, 2013, S.5.

desdurchschnitts. Jedoch liegt der Anteil der Wirtschaft daran ein Drittel unter dem Wert Gesamtdeutschlands.⁵ Zeitgleich liegt beispielsweise die Anzahl der Patentanmeldungen immer noch auf einem Tiefstwert. Derzeit liegt Sachsen 65 % unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den Patentanmeldungen je 100.00 Einwohner erreicht Sachsen weniger als 20 Prozent der baden-württembergischen Leistung.⁶ Hier bestehen weiterhin große Ausbaupotenziale für die Privatwirtschaft, die dazu beitragen können, dass der Freistaat auch langfristig konkurrenzfähig bleibt.

An welchen Zielen richten wir uns aus?

Als wesentliche, übergreifende Ziele formulieren wir daher die folgenden Vorgaben:

- **Wertschöpfung und Verdienste in sächsischen Unternehmen werden langfristig deutschlandweit überdurchschnittlich sein; dies bedeutet im Zeitraum bis 2030 eine Anpassung mindestens 90 % des Bundesdurchschnitts (derzeit 65%)**
- **Anhebung der durchschnittlichen Betriebsgröße auf 15 Beschäftigte (jetzt 12,7)**
- **Halbierung der Bürokratiekosten der sächsischen Wirtschaft (aktuell belaufen sich die Kosten der 50 belastendsten Informationspflichten im Freistaat Sachsen auf ca. 1,6 Mrd. Euro)⁷**
- **Der Anteil der privatwirtschaftlich finanzierten FuE muss künftig in Sachsen den der öffentlich finanzierten deutlich übersteigen und sich auf 2 Prozent erhöhen (gegenwärtig 1,26 Prozent)**
- **Hinsichtlich der Mobilität muss bis 2030 hinsichtlich Qualität und Leistungsfähigkeit eine 360-Grad-Erreichbarkeit mit allen wesentlichen Verkehrsträgern gegeben sein**

⁵ Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, 2013, S.39ff.

⁶ Vgl. Deutsches Patent- und Markenamt, 2012, S.10.

⁷ Vgl. IWF Köln, 2013, S.27.

Diese Ziele werden in den Folgekapiteln noch weiter heruntergebrochen.

Wie können wir uns diesen Zielen nähern? Wege und Aufgaben

Nachhaltige Unterstützung von Wachstumsprozessen im Mittelstand

Staatliche Innovations- und Wirtschaftspolitik sollte keinerlei grundsätzliche Diskriminierung zwischen einzelnen Unternehmensformen und –größen machen. Gleichmaßen Kleinst-, kleine, mittlere sowie große Unternehmen sind für eine gesunde Gesamtstruktur erforderlich, und keine Form ist grundsätzlich besser. Sehr wohl kann man jedoch davon ausgehen, dass eine gewisse Diversifikation erforderlich ist.

Aus den oben genannten Fakten zeigt sich jedoch, dass der sächsischen Wirtschaft es vor allem an größeren Mittelständlern wie auch an den Zentralen von Großunternehmen mangelt. Daher sollte der Hauptschwerpunkt in der sächsischen Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren darauf liegen, **Wachstumsprozesse** zu fördern, mit dem Ziel, eine diversifizierte Gesamtstruktur zu erreichen.

Es ergeben sich daher folgende Ansätze für die staatliche Wirtschaftspolitik:

- a) Förderung von innersächsischen Unternehmenszusammenschlüssen und –übernahmen insbesondere im Zusammenhang mit der Lösung von Unternehmensnachfolgeproblemen

Eines der größten Probleme des sächsischen Mittelstandes ist die effektive Lösung der Nachfolgeproblematik. Häufig sind mittelständische Unternehmen über mehrere Generationen in Familienbesitz oder eng mit dem Wirken des Unternehmensgründers verbunden. Jedoch findet sich immer öfter kein geeigneter Unternehmensnachfolger im eigenen Betrieb oder in der Familie. Vielen Unternehmer sind daher gezwungen ihre durchaus rentablen Unternehmen unter Wert zu verkaufen oder im schlimmsten Fall gar zu liquidieren. Eine staatliche Förderung für innersächsische Unternehmenskooperationen und -zusammenschlüsse könnte daher dazu beitragen, dass zum einem die Unternehmensstandorte in Sachsen erhalten bleiben und Wachstumsprozesse

se ins Laufen kommen. Darüber hinaus können strategische Zusammen-schlüsse eine kritische Masse an Wachstumskapital erzeugen, die dazu beitragen kann, dass mittelständische Unternehmen zu großen mittelständischen Unternehmen oder sogar Konzernen aufsteigen können.

b) Unterstützung bei der Gewinnung von Wachstumskapital

Oftmals können mittelständische Unternehmen im Freistaat Sachsen trotz positiver Bilanzen nicht expandieren, da sich die Finanzierung für potenzielle Investitionen als schwierig gestaltet. Zwar können und sollten die staatlichen Stellen nur begrenzt Wachstumskapital für Unternehmen zur Verfügung stellen, jedoch bei der Gewinnung dessen den Unternehmen begleitend zur Seite stehen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die staatlichen Stellen potenziellen Unternehmensexpansionen und Markteintritten offen gegenüber stehen und weiterhin Hemmschranken abbaut. Ein Beispiel hierfür ist die Überprüfung der Haftungsregeln bei der Vergabe von öffentlich geförderten Beteiligungen auf ihren Hemmnischarakter. Alternativ dazu kann die Gründung einer „sächsischen Innovationsagentur“ dazu beitragen, internationales Wachstumskapital einzuwerben. Aufgabe dieser Agentur ist es demnach, sächsische Start-up Unternehmen oder innovative Ideen und internationale Kapitalgeber zusammen zuführen.

c) Strategien zur Fach- und Führungskräfte-sicherung in sächsischen KMU

Infolge der Ermangelung eines Patentrezeptes zur Lösung der Fachkräftesicherung im Freistaat Sachsen müssen die Unternehmen zukünftig noch mehr auf diese Problematik sensibilisiert werden. Wichtigster Ansatz hierfür ist vor allem das Beibehalten des hohen Ausbildungsniveaus des sächsischen Mittelstandes und konsequente berufsbegleitende Qualifizierung. Ebenso erforderlich ist die Reduktion der hohen Abbrecherquoten, und die Beibehaltung der dualen Berufsausbildung.

Zusätzlich sollte die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten als ein wichtiges Instrumente zur Fachkräftesicherung unterstützt bzw. von staatlicher Seite liberalisiert werden. Außerdem gilt es zukünftig mehr denn je, dem Abwerben von Fachkräften durch den öffentlichen Dienst entgegenzuwirken, indem u.a. der staatliche Verwaltungsapparat weiterhin verschlankt werden muss.

Neben dem Fachkräftemangel fürchten derzeit sächsische Unternehmen ein zweites Phänomen, den „Führungskräftemangel“. Viele mittelständische Unternehmen in Sachsen möchten sich auf eine Unternehmensübergabe vorbereiten, finden jedoch keinen geeigneten Nachfolger. Damit dieser Unternehmen nicht liquidiert werden, müssen sächsische Unternehmen sich bereits im Vorfeld einer potenziellen Unternehmensübergabe umfangreich mit dieser Problematik beschäftigen. Dabei bietet es sich an, Anreize für Übernahme durch Teile der (jüngeren) Belegschaft sowie des Managements (MBO) zu setzen. Dieser Prozess bedarf einer längeren Vorlaufzeit, kann jedoch letztendlich einen schnellen und reibungslosen Übergang herbeiführen. Bei der Suche nach externen Nachfolgern müssen in Zukunft vor allem entsprechende Börsen intensiver genutzt werden (z. B., Nexxt Change <https://www.nexxt-change.org/>). Darüber hinaus gilt es das Unternehmerbild an Schulen und Hochschulen in besseres Licht rücken und dabei nicht nur auf Ausgründungen aus Hochschulen hinzuweisen, sondern auch Hochschulabsolventen auf ihre Rolle als potenzielle Nachfolger vorzubereiten. Entsprechende Schulungen und Weiterbildungen zum Thema „Unternehmensführung“ sollten umfangreicher an den Hochschulen angeboten werden.

d) Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung jenseits der Förderung

Infolge der zu erwartenden Reduktion der Fördermittel seitens der öffentlichen Hand muss dem sächsischen Mittelstand Bewusstsein über alternative Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, z. B. Garantien, Bürgschaften, revolvingende Fonds oder aber verstärkte Eigenmittelfinanzierung bei gleichzeitiger Akquise von Anlegerkapital, wie z. B. das Auflegen von Anleihen. Seitens der öffentlichen Stellen kann in Zukunft nur noch Unterstützung bei der Gewinnung von Wachstumskapital sowie Überprüfung der Haftungsregelungen bei der Vergabe öffentlicher Beteiligungen auf mögliche Hemmnisse, erwartet werden.

e) Ausgliederung von allen nicht mit der Daseinsfürsorge verbundenen Leistungen an private (möglichst mittelständische) Unternehmen, insb. Systematisches Einsetzen von PPP zur Stärkung des Sächsischen Mittelstands und Verschlankung von Staat und Kommunen

Die verbreitetste Form der Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft bilden die sogenannten „Public-Private-Partnerships“ (PPP). Dabei handelt es sich um eine vertragliche Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privatrechtlich organisierten Unternehmen. Im Freistaat Sachsen ist diese Kooperation ein vielpraktiziertes Verfahren und lässt sich in unterschiedlichen Formen, z.B. Betreibermodelle, Leasingmodelle, Inhabermodellen beobachten. Prinzipiell ist diese Entwicklung zu unterstützen, allerdings ist dabei Sorge zu tragen, dass auch der Mittelstand von PPP-Projekten profitiert. Zur Gewährleistung dieser Forderung ist es notwendig, weitere PPP-Modelle zu schaffen, die maßgeblich auf die Belange und Kapazitäten des Mittelstandes zugeschnitten sind.

Unabhängig von der Frage der Einführung eines staatlich vorgegebenen Mindestlohn, den die MIT Sachsen aus ordnungspolitischen Gründen für kontraproduktiv hält, muss sich jedoch Sachsen auch hinsichtlich seiner Gehaltsstrukturen zu einem der attraktiveren Bundesländer entwickeln, um Fachkräfte zu halten bzw. anzuziehen.

Gleichzeitig bedarf es aber einer Hinterfragung der wirtschaftlichen Betätigungen von öffentlichen Stellen, die ggf. eingeschränkt werden müssen, damit regionale Strukturen auch aus der Wirtschaft heraus entstehen können. Zur Überprüfung dieses Sachverhaltes fordert die MIT Sachsen eine Präzisierung der Subsidiaritätsvorgabe in der sächsischen Gemeindeordnung zur konsequenten Beschränkung der Landes- und Kommunalgesellschaften auf ihre hoheitlichen Aufgaben und die öffentliche Daseinsvorsorge und unmittelbar angrenzende Bereiche.

In Bezug auf die Mittelstands- oder Strukturpolitik bildet der Gegenstand der öffentlichen Hand als Auftraggeber einen weiteren wesentlichen Ansatzpunkt. Geregelt wird dieses Wirken des Freistaates Sachsen auf der Basis des sächsischen Vergabegesetzes, das den Grundstein für eine transparente und mittelstandsfreundliche Auftragsvergabe setzen soll. Diese Entwicklung wird von der MIT Sachsen begrüßt und muss auch in den nächsten Jahren konsequent weitergeführt werden.

Wertschöpfung und Produktivität im sächsischen Mittelstand erhöhen

In der Vergangenheit konnte der Fachkräftebedarf der sächsischen Wirtschaft gesichert werden, obgleich das Lohn- und Gehaltsniveau z.T. deutlich unter dem z.B. westlicher Bundesländer lag. Künftig wird jedoch das Gehaltsniveau in Sachsen eine größere Rolle bei der Gewinnung oder dem Halten von Mitarbeitern spielen, und ist entsprechend eine deutliche Anhebung des Lohn- und Gehaltsniveaus zu erwarten. Dies kann jedoch nur durch erhöhte Wertschöpfung finanziert werden.

Um die Wertschöpfung in der sächsischen Wirtschaft zu erhöhen, sollte die Investorenakquise und das Ansiedelungsmarketing der Wirtschaftsförderung Sachsen und regionaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften konsequent und primär auf innovative Unternehmen ausgerichtet werden. In Bestandsunternehmen muss die Fertigungstiefe erhöht werden, so dass wir weg von verlängerten Werkbänken kommen. Insbesondere sind Investitionen in Verfahrens- und Produktinnovationen zu verstärken.

Der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn soll als Resultat des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD im Anschluss der Bundestagswahlen 2013 deutschlandweit eingeführt werden. Dabei wird sich der sächsische Mittelstand in den nächsten Jahren mit der Herausforderung der Umwälzung der steigenden Lohnkosten konfrontiert sehen. Unabhängig von der Frage der Einführung eines staatlich vorgegebenen Mindestlohn, den die MIT Sachsen aus ordnungspolitischen Gründen für kontraproduktiv hält, muss sich jedoch Sachsen auch hinsichtlich seiner Gehaltsstrukturen zu einem der attraktiveren Bundesländer entwickeln, um Fachkräfte zu halten bzw. anzuziehen. Dies ist allerdings nur mit systematischer Erhöhung der Produktivität möglich. Jedoch muss dabei auch auf die besondere geografische und wirtschaftliche Situation Sachsens verwiesen werden. Aufgrund der direkten Landesgrenze zu Polen und Tschechien ist der Freistaat wie kaum ein zweites Bundesland Niedriglohnkonkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt. Angesichts dieser Situation ist eine kontinuierliche Modernisierungsoffensive in der sächsischen Wirtschaft erforderlich.

Die Anpassung und Modernisierung in diesem Bereich ist daher eine maßgebliche strategische Aufgabe der kommenden Jahre:

- Zunächst müssen alle sächsischen Unternehmen mit hohem Lohnkostenanteil und niedriger Umsatzrendite für die zu erwartenden Auswirkungen des Mindestlohnes und der daraus infolge des Lohnabstandsgebots zu erwartenden Steigerungsdrucks auch auf die Gehälter auch oberhalb des Mindestlohnes sensibilisiert werden.
- Durch Sensibilisierung wird insbesondere die Frage geklärt, unter welchen Umständen im Rahmen des bisherigen Geschäftsmodell eine Erhöhung des Umsatzes möglich ist, sowie die daraus sich ergebenden Anforderungen an Produkte und Dienstleistungen.
- Bei positivem Ausblick für das Unternehmen sollten Modernisierungsinvestitionen zeitlich befristet und unbürokratisch unterstützt werden
- Parallel und im Nachgang sollte dies flankiert werden durch Qualifizierungsmaßnahmen zur Gewährleistung einer höheren Produktivität

Da diese Prozesse Zeit erfordern, ist es ratsam, vor allem in grenznahen Regionen Ausnahmen befristet zuzulassen, damit Arbeitsplätze im Freistaat gesichert werden können. Ähnlich verhält es sich mit dem Lehrlingsgehalt, welches keinesfalls unter dem Schirm des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns fallen darf. Viele mittelständische Unternehmen können während der Ausbildung kaum den geforderten Stundenlohn von 8,50 € zahlen. Aufgrund der Tatsache, dass nach aktuellem Stand drei Viertel aller Lehrlinge ihre Berufsausbildung in mittelständischen Unternehmen absolvieren, könnte ein flächendeckender Mindestlohn zu deutlich erhöhten Zahlen an Jugendarbeitslosigkeit und dadurch langfristig zu einem weiteren Absinken der Verfügbarkeit von Fachkräften führen.⁸ Dies gilt es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des allgemeinen derzeitigen Fachkräftemangels im Freistaat zu verhindern. Auch generell sind Ausnahmen für Geringqualifizierte erforderlich.

⁸ Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, 2013.

Konsequente Internationalisierung der sächsischen Unternehmen⁹

Trotz aller bisherigen Bemühungen auch in der Wirtschaftsförderung und den im Vergleich mit anderen ostdeutschen Ländern guten Erfolgen ist der Grad der Internationalisierung der sächsischen Unternehmen unzureichend. Die Ursachen sind hierbei nicht zuletzt in den beschriebenen Größenstrukturen zu sehen, aber auch teils in der mangelnden Sensibilisierung der Unternehmen. Hier sind die laufenden Ansätze zur Begleitung sächsischer Unternehmen auf internationale Märkte mit einer langfristig angelegten Außenwirtschaftsstrategie zu unterlegen. Zugleich wird die Integration ausländischer Studenten und Fachkräfte in die sächsischen Unternehmen die Distanz zu Auslandsmärkten verringern.

Unterstützung der Bildung von Ressourcen im Innovationsprozess¹⁰

Sachsens Wohlstand und Beschäftigung im Jahr 2030 sind in großem Maße von der Innovationskraft abhängig, die von der Bevölkerung, den Institutionen und den hier ansässigen Unternehmen ausgeht.¹¹ Innovative Unternehmen sind der Schlüssel zur langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen und garantieren über Deutschland hinaus auch im internationalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Umso verhängnisvoller ist es, dass derzeit einem Gros des sächsischen Mittelstandes die Kapazitäten und Ressourcen fehlen, notwendige Investitionen in diesem Bereich zu tätigen.

Als Gründe der geringen Partizipation der mittelständischen Unternehmen am Innovationsprozess sind Faktoren, wie die Kleinteiligkeit der sächsischen Wirtschaft, Kommunikationsprobleme und ein hohes Maß an Bürokratie, anzuführen.

⁹ Vgl. Kapitel 6

¹⁰ Vgl. Kapitel 3

¹¹ Vgl. auch das entsprechende Kapitel zu Innovationspolitik.

Hier gibt es Handlungsbedarf seitens der Unternehmen und des Staates: Zum einen müssen die Forschungseinrichtungen selber stärker notwendige Drittmittel aus der regionalen Wirtschaft für die Forschung einwerben, zum anderen muss sich die staatliche Förderung auf die Schaffung von Rahmenbedingungen, die auf Förderung von Grundlagenforschung ausgerichtet sind, konzentrieren. Das vielversprechendste Beispiel ist die kontinuierliche, aber bei weitem nicht notwendig immer finanzielle Unterstützung von sogenannten Clustern, bzw. Unternehmensnetzwerken.

Allgemein bleibt festzuhalten, dass seitens der staatlichen Stellen weniger Aufwand in die Förderung konkreter Innovationsvorhaben gelegt werden sollte, und dafür die Bildung innovationsfördernder Strukturen innerhalb und unterhalb der Unternehmen gestützt werden sollte.

Eine langfristige Stärkung dieser Strukturen führt auch zur Förderung des Technologietransfers und einer höheren Absorptionsfähigkeit in sächsischen Unternehmen. Gleichzeitig sollte jedoch die staatliche Förderung derartiger Netzwerke an der Wertschöpfungskette ausgerichtet sein, um nachhaltig eine stabile Wirtschaft und gefestigte Arbeitsplätze sicherzustellen. Im sächsischen Mittelstand muss die Bereitschaft geweckt werden, Personal hinsichtlich FuE/betriebliches Innovationsmanagement weiterzubilden oder entsprechend spezialisiertes Personal einzustellen. Nur durch Köpfe bzw. Promotoren ist eine Umsetzung von FuE-Projekten und eine stärkere und breitere Innovationsdynamik in sächsischen Unternehmen zu erwarten, und nur so kann die Wirtschaft des Freistaates Sachsen bis 2030 konkurrenzfähig bleiben.

Die MIT Sachsen fordert daher:

- Die Einrichtung von Technologiefonds und Innovationsagentur seitens der öffentlichen Hand zur Schaffung von innovativen Clustern und Unternehmensnetzwerken
- Die Förderung von Grundlagenforschung von staatlicher Seite und darüber hinaus zeitnahe Einbindung der Erkenntnisse durch einen effektiven Technologietransfer in Produktinnovationen

Bürokratieminimierung zur Freisetzung produktiver Potenziale in Unternehmen sowie zur Verhinderung der Absorption qualifizierten Potenzials im öffentlichen Dienst

Das derzeit immer noch vorherrschende hohe Maß an Bürokratie belastet den sächsischen Mittelstand enorm. Es verursacht höhere Kosten, verbraucht unnötig viel Zeit und führt mittelfristig zu einem Effizienzverlust, der sich im internationalen Kontext als Wettbewerbsnachteil auswirken kann. Zudem bindet Bürokratie Ressourcen in staatlichen Einrichtungen, die angesichts des demografischen Wandels in der Wirtschaft fehlen. Eine Studie des IW Köln im Auftrag des Sächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit verdeutlichte, dass insbesondere die verpflichtende Abgabe der Umsatzsteuererklärung sowie die verpflichtende Erstellung von Jahres- und Konzernabschlüssen einen besonders hohen bürokratischen Kostenaufwand verursachen. Darüber hinaus stellen weitere Vorschriften im Zusammenhang mit der allgemeinen Buchführung, der Aufbewahrung und Aufstellung von Rechnungen und Stichtagsinventuren eine erhebliche Belastung für die sächsische Wirtschaft dar.¹²

Bürokratie ist ein schwer messbares Phänomen. Ohne Quantifizierung kann jedoch ihr Abbau nicht nachgewiesen werden. Bürokratieabbau kann nur als Dauerprozess der kontinuierlichen Durchleuchtung vorhandener Normen angesehen werden. Allerdings geht es dabei nicht darum, auf dem Papier die Zahl der Regelungen zu vermindern, sondern den daraus entstehenden zeitlichen und finanziellen Aufwand in Verwaltung und Unternehmen wirksam zu reduzieren. Daher sollte zukünftig der zu installierende Normenkontrollrat auf sächsischer Ebene eine Bewertung der bei Unternehmen und Bürgern entstehenden Bürokratiekosten nicht nur für neue, sondern auch für bestehende Gesetze und Verordnungen durchführen und Vorschläge zur Aufhebung oder Effektivierung von Regelungen zu erarbeiten. Zeitgleich muss jedoch für die künftige Entwicklung darauf hingewiesen werden, dass der öffentliche Dienst ein Hauptkonkurrent des sächsischen Mittelstands bei der Suche nach Fachkräften ist. Vor allem das vergleichsweise hohe Gehalt sowie die planungssicheren Arbeitszeiten sprechen oftmals Fachkräfte mit be-

¹² IW Köln, 2013, S. 113f.

triebswirtschaftlichen- oder kaufmännischen Hintergrund an. Im Zuge des angestrebten Abbaus von Bürokratie ist daher auch aus diesem Grund eine Reduktion des öffentlichen Verwaltungsapparates erstrebenswert. Instrumente hierfür könnten u.a. der vermehrte Einsatz von eGouvernance Strukturen sein.

Hauptziel muss dabei ein Netto-Bürokratieabbau der durch Bürokratie in Unternehmen verursachten Kosten von 5% pro Jahr sein, um den Mittelstand von den oben genannten Einflussfaktoren zu entlasten. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Abbau auf allen politischen Ebenen erfolgen muss. Ein Großteil der bürokratischen Belastung kommt heutzutage von der europäischen und Bundesebene, allerdings müssen auch auf Landes- und Kommunalebene Reduzierungen erfolgen bzw. Initiativen in Richtung des Bundes bzw. der EU auf den Weg gebracht werden. Beispiele hierfür wären – nicht nur auf Landesebene - :

- Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge:
- Einführung eines vereinfachten und transparenten Steuersystems
- Vereinfachung des Vergaberechtes mit klaren Strukturen und Konditionen
- Abbau von gesetzlich vorgeschriebenen Informations-, Berichts- und Beurkundungspflicht für Unternehmen
- Ausbau von eGovernment-Lösungen zugunsten einer einfacheren und effizienteren Verwaltung
- Einführung einer 4-Wochenfrist für alle Landesbehörden zur Vollständigkeitsprüfung von angeforderten Unterlagen und einer Genehmigung nach Ablauf der Frist
- Klare Kompetenzzuweisung bei der gesetzlichen Unfallversicherung zwischen Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsämtern zur Vermeidung von Mehrfachbearbeitungen
- Verkürzung und Vereinheitlichung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen von unterschiedlichen Unterlagen des Steuer- und Sozialrechts

- Reduzierung der Informationspflichten im Steuer- und Handelsrecht sowie den aus den Buchführungsvorschriften ergeben Belastungen

Gewährleistung der erforderlichen Mobilitäts-Infrastruktur¹³

Wirtschaftliche Entwicklung ist ohne Mobilität nicht vorstellbar. Heutzutage wird Mobilität jedoch durch die Kombination von Verkehrssystemen und Datenübertragung geschaffen. Bei den Verkehrssystemen bestehen die Hauptdefizite in den Bahnanbindungen in alle Nachbarregionen, sowie hinsichtlich rasch erreichbarer Flugdirektverbindungen. Hier muss Sachsen sich an dem Entwicklungsstand in Wettbewerbsregionen messen und dies in ein entsprechendes Mobilitätskonzept einfließen lassen. Diesem liegen zugrunde:

- Definition von durch die optimale Nutzung der bestehenden und geplanten Infrastruktur erreichbaren Mobilitätszielen
- Dem technischen Stand entsprechende Verfügbarkeit von Datenübertragungsinfrastrukturen;
- Schaffung einer 360°-Erreichbarkeit Sachsens bei allen wesentlichen Verkehrsträgern.

Beseitigung mittelstandsfeindlicher Elemente in der Energiepolitik

Nicht erst seit den letzten Jahren hat das Thema „Energie und Umwelt“ für den sächsischen Mittelstand an Bedeutung gewonnen. Die zunehmende Verknappung der fossilen Energieträger, die mit ihrer Nutzung verbundenen Umweltschäden, aber auch die Belastungen aus dem Aufbau der erneuerbaren Energien und die daraus resultierenden Preissteigerungen im Energiesektor sind eine der größten wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Vor allem für viele Unternehmen des Freistaates bildet diese Entwicklung ei-

¹³ Vgl. Kapitel 4

ne Herausforderung, infolge des verhältnismäßig hohen Anteils an energieintensiver Industrie im Freistaat.¹⁴ Zwar ist die Energiepolitik letztlich nicht in Landeskompetenz, jedoch kann und sollte der Freistaat seine entsprechenden Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene geltend machen.

Die Energiewirtschaft ist ein wesentlicher Wirtschaftsbereich mit Infrastrukturencharakter, der bis in die 90er Jahre monopolistisch organisiert war und damit letztlich frei von mittelständischen Strukturen war. Hier setzte die Liberalisierung der Energiemärkte an, die Wettbewerb in den Energiemarkt bringen wollte und damit auch Raum für neue Strukturen. Während Versorgungsnetze als natürliches Monopol gelten, bietet die Lieferung von Energiedienstleistungen ausreichend Raum für eine normale, vielfältige Marktstruktur mit entsprechendem Platz für Innovation und einem gesunden Mix zwischen Groß- und kleineren Unternehmen.

Mit der verstärkten Förderung der erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren sind zwar viele neue, auch mittelständische Unternehmen im Energiemarkt entstanden. Da diese jedoch ausschließlich im Rahmen eines unwettbewerblichen Fördersystems arbeiten, ist dies noch kein nachhaltiger Beitrag für eine mittelstandsfreundliche Politik.

Insbesondere die aktuelle Entwicklung der EEG-Umlage muss dringend korrigiert werden. Die MIT Sachsen fordert in diesem Zusammenhang ein deutlich marktorientierteres Programm zur Vermeidung von potenziellen Dauersubventionen.

Hinzu kommt, dass die aktuelle Förderpolitik im EEG durch die EEG-Umlage mittelständische Unternehmen stärker belastet als Großunternehmen, da sie einerseits selten von der EEG-Umlage befreit sind, andererseits jedoch keine Möglichkeit haben, direkt auf dem Großhandelsmarkt von den durch die erneuerbaren Energien gesunkenen Energiepreisen zu profitieren.

Während ein Großteil des sächsischen Mittelstandes dem Energieverbrauch mit intelli-

¹⁴ Vgl. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 11.02.2014.

genten Energieeffizienzmodellen, beziehungsweise kosteneffizienteren Alternativen entgegenwirkt, leiden energieintensive Unternehmenszweige unter den aktuellen Entwicklungen, sofern sie nicht von der EEG-Umlage befreit sind.

Insbesondere die aktuelle Entwicklung der EEG-Umlage muss dringend korrigiert werden. Die MIT Sachsen fordert in diesem Zusammenhang ein deutlich marktorientierteres Programm zur Vermeidung von potenziellen Dauersubventionen.

Des Weiteren sollte der Staat eine energieoffene Politik fahren und keine Präferenzen für einzelne Energieträger ausrufen. Durch die Fokussierung auf einzelne erneuerbare Energien werden Innovationen in anderen Bereichen der Energiewirtschaft gehemmt, obwohl sie ernstzunehmende Alternativen darstellen könnten. Zu nennen wären dabei unter anderem Kraft-Wärme-Kopplung, der Ausbau von Speichermedien oder Elektromobilität.

Gleichzeitig möchte die MIT Sachsen betonen, dass bei den energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Diskussionen nicht nur Strom und Elektrizität, sondern auch Wärme und alternative Antriebssysteme einbezogen werden müssen. Auch in diesen Bereichen gibt es zahlreiche Innovations- und Einsparungspotenziale, die einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende leisten können und zugleich die Betriebskosten nachhaltig verringern können.

Die MIT Sachsen fordert daher:

- Herstellung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Energiewirtschaft in ihrer Gesamtheit
- Nachhaltige Kontrolle von Marktmacht und Ausschluss von Monopolisierung mit dem Ziel des Ausbaus mittelständischer Strukturen in der Energiewirtschaft
- Kein Missbrauch des Mittelstands und des Privatkunden als Zahlmeister für staatliche Experimente
- Technologieoffene Förderung und Ausrichtung an objektiven Zielen wie Primärenergieeinsatz, Schadstoffemission oder Vollasttauglichkeit.

Zusammenfassung

Zusammenfassend bedeutet Mittelstands- und Strukturpolitik für Sachsen, dass:

- **Durch internationale Akquirierung von Wachstumskapital sowie intelligente Unternehmenszusammenschlüsse die Größenstruktur der sächsischen Wirtschaft verbessert werden muss.**
- **Die Innovationspolitik v.a. den Transfer von innovativen Verfahren und entsprechenden Unternehmenskooperationen unbürokratisch fördern sollte und zugleich durch eine Innovationsplattform die Brücke zu nichtstaatlichen Finanzierungen herstellen muss;**
- **Durch Modernisierung und Qualifizierung die Produktivität der Unternehmen (insbesondere derer mit hohem Lohnkostenanteil und niedriger Umsatzrendite) und damit die Wertschöpfung erhöht werden muss, so dass (nicht zuletzt infolge des Mindestlohns) steigende Lohnkosten erwirtschaftet werden können;**
- **Der Bürokratieabbau endlich ernsthaft vorangetrieben werden muss, da dadurch aktuell unnötige Ressourcen gebunden werden;**
- **Die Mobilitätsinfrastruktur muss am Ziel der 360°-Erreichbarkeit Sachsens in konkurrenzfähiger Zeit und Qualität ausgerichtet werden;**
- **Die Internationalisierung der sächsischen Unternehmen langfristig – insbesondere parallel zu Innovations- und Wachstumsprozessen – unterstützt werden muss;**
- **Die öffentliche Hand Leistungen außerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge konsequent an private, möglichst mittelständische Unternehmen vergeben sollte, und auf diesem Feld nicht mit den Unternehmen in Konkurrenz treten sollten. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf der Kommunal- und Landesebene muss transparent, wirtschaftlich und mittelstands-freundlich erfolgen.**

- **Die Energiewirtschaft durch marktorientierte Mechanismen liberalisiert werden muss, so dass hier eine normale Branchenstruktur entstehen kann. Darüber hinaus muss eine Umstrukturierung der EEG-Umlage zeitnah gefunden werden, damit der sächsische Mittelstand hinsichtlich der Energiekosten entlastet wird.**
- **Die Nachfolgeproblematik der sächsischen Unternehmen durch eine langfristig forcierte Übergabe erfolgreich durch Mitglieder der ehemaligen Belegschaft oder geeignete externe Kandidaten entgegengewirkt werden kann. Dabei muss vor allem in die Hochschulen ein besseres Bild des Unternehmers transportiert und entsprechende Schulungen angeboten werden; jedoch auch Unternehmenszusammenschlüsse können im Rahmen von Nachfolgeregelungen sinnvoll sein;**
- **In Hinblick auf die Fachkräftesicherung vor allem eine Reduzierung der hohen Abbrecherquoten sowie eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittländern notwendig sind;**

In den folgenden Abschnitten vertiefen wir die Diskussion zu den aus unserer Sicht Schlüssel-Querschnittsthemen Innovation (Kapitel 3), Infrastruktur (Kapitel 4), Bildung (Kapitel 5) und Fachkräfte (Kapitel 6) sowie Internationalisierung. Zunächst unterlegen wir jedoch unsere Vision für den Standort.

>> Kapitel 2: Unsere Vision für den Wirtschaftsstandort Sachsen im Jahr 2030



Ohne Vision keine Ziele, ohne Ziele kein Fortschritt. Wie stellen wir uns den Wirtschaftsstandort Sachsen in zwei Jahrzehnten vor?

Aus unserer Sicht dienen die folgenden Punkte dazu, entsprechend die Orientierung vorzugeben:

- Sachsen im Jahr 2030 ist gleichermaßen für Unternehmer aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung wie für Arbeitnehmer ein **attraktiver Produktions- und Lebensstandort**.
- Sächsische Großstädte sind **kulturelle und wirtschaftliche Zentren innerhalb Deutschlands und Europas** und von umliegenden Regionen aus gut erreichbar. Auch die **ländlichen Regionen** überzeugen durch ihre hohe Lebensqualität.

Eines ist jedoch deutlich – Sachsen hat den Anspruch, langfristig in der ersten Liga der europäischen Wirtschaftsregionen mitzuspielen, und kann diesen Anspruch auch mit seiner langjährigen Wirtschaftstradition untermauern.

- Dank des Ausbaus von Wissenschaftsclustern und eine **gelebte Innovationskultur** im Freistaat übt der Standort zudem eine große Strahl- und Anziehungskraft auf Forscher und Entwickler in aller Welt aus.
- **Internationalität** in der Ausbildung, der Mitarbeiterschaft und in der wirtschaftlichen Tätigkeit fördern **Kreativität und Weltoffenheit**. Die internationale Bekanntheit des Freistaates wirkt sich auf die Wahl des Lebensstandortes von Studenten, Auszubildenden und junge Familien, aus aller Welt, aus.
- **Innovation, lebenslange Bildung sowie eine echte Willkommenskultur** werden von Unternehmen, Beschäftigten, Bildungssystem und Verwaltung täglich sicht- und spürbar gelebt.
- Insbesondere in Schlüsseltechnologien konnten Innovationen in, auf den überregionalen und weltweiten Märkten anerkannte und erfolgreiche Produkte, „**made in Saxony**“, umgesetzt werden.
- Diese Investitionen werden kontinuierlich und visionär mit dem erforderlichen Fleiß und unternehmerischem Mut fortgeführt. Dabei wird auf den richtigen Mix aus sich in der Vermarktungsphase befindlichen Technologien und Zukunftstechnologien, sprich „**Produkten von morgen**“ gesetzt, um die einflussreiche Position im globalen Wettbewerb weiter ausbauen zu können.
- Die **Stärken der Sachsen** – Flexibilität, Veränderungsbereitschaft und Erfindungsgeist – finden tägliche Anwendung und Anerkennung.
- Die Infrastruktur bindet Sachsen in Europa ein und lässt es zum **Dreh und Angelpunkt** der Europäischen Gemeinschaft werden.
- **Nachhaltiges Wirtschaften** – also kein Raubbau an Ressourcen, Rohstoffen und Gesundheit auf Kosten zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten – liefert die Basis für langfristiges Wohlergehen.

Diese grundsätzlichen Ausrichtungen dienen als Grundlage für die Formulierung der tiefergehenden Untersuchungen zu einzelnen Themenbereichen.

Eines ist jedoch deutlich – Sachsen hat den Anspruch, langfristig in der ersten Liga der europäischen Wirtschaftsregionen mitzuspielen, und kann diesen Anspruch auch mit seiner langjährigen Wirtschaftstradition untermauern. Dies bedeutet aber auch – wir müssen von den Besten lernen („Best Practice“). Um uns bei Schlüsselthemen wie Innovationspolitik, Technologiepolitik oder Infrastruktur entsprechend zu positionieren, müssen wir künftig mit uns in Wettbewerb stehende Regionen genau analysieren und erfolgsversprechende Ansätze auf Übertragbarkeit auf Sachsen prüfen. Ein derartiges „Benchmarking“ muss künftig seitens des Wirtschaftsministeriums systematisiert und kontinuierlich verfolgt werden.

>> Kapitel 3: Technologiepolitik und Innovationskultur



Zusammenfassung:

Die Wirtschaftsstrategie Sachsen 2030 geht im Bereich Technologiepolitik davon aus:

- **Dass eine umfassende Innovationskultur geschaffen werden muss;**
- **Dass der Staat grundsätzlich technologieoffen den Unternehmen proaktiv Hilfestellung bei der Entdeckung ihres Innovationspotentials geben muss, und dass er**
- **durch eine langfristige Unterstützung von Unternehmensnetzwerken und Clustern zur Stärkung bestehender Stärken und zur Entwicklung neuer Spezialisierungen beitragen sollte.**

Status-Quo der Technologiepolitik im Freistaat Sachsen

Den **beachtlichen Stärken** Sachsens im Bereich der Technologiepolitik stehen zugleich **bedeutende Schwächen** gegenüber, die systematisch anzugehen sind:

Die Achillesferse der Technologiepolitik in Sachsen ist also vor allem der geringe Anteil der Privatwirtschaft bzw. der privatwirtschaftlichen FuE-Ausgaben. Dies ist ein grundsätzliches Problem, da angenommen werden muss, dass die Privatwirtschaft zumindest bei anwendungsorientierter FuE die Mittel wesentlich effizienter in Richtung Marktreife

Die Technologie- und Innovationspolitik des Freistaates Sachsen profitiert aktuelle von der leistungsstarken Wirtschaft des Freistaates, dem hohen Bildungsniveau inklusive der dichten Hochschullandschaft sowie zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. Technologie und Gründerzentren. Im Jahre 2010 beliefen sich die Ausgaben für FuE am BIP auf 2,88%, was den fünften Platz im bundes-

deutschen Vergleich bedeutete. Gleichzeitig muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass davon lediglich 43% im privaten Sektor getätigt wurden, was wiederum unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt. Ein Großteil der Innovationen sind außerdem im Verarbeitenden Gewerbe erfolgt, welches eine vergleichsweise geringe Produktivität aufweist, bzw. bezogen sich auf eine inkrementelle Verbesserung oder eine Imitation eines auf dem Markt bereits platzierten Produktes. Die Kleinteiligkeit der sächsischen Wirtschaft im Zusammenspiel mit der vergleichsweise hohen regionalen Orientierung der sächsischen Unternehmen hemmen den Innovationsprozess zusätzlich. Einer der aussagekräftigsten Indikatoren hierfür ist der vergleichsweise niedrige Stand an Patentanmeldungen.

Die Achillesferse der Technologiepolitik in Sachsen ist also vor allem der geringe Anteil der Privatwirtschaft bzw. der privatwirtschaftlichen FuE-Ausgaben. Dies ist ein grundsätzliches Problem, da angenommen werden muss, dass die Privatwirtschaft zumindest bei anwendungsorientierter FuE die Mittel wesentlich effizienter in Richtung Marktreife einsetzt.

Technologie- und Innovationspolitik in Sachsen muss also u.a. darauf hinwirken, den Anteil der privaten Wirtschaft an den FuE-Ausgaben zu erhöhen. In dieser Form kann die staatliche Innovationsförderung dann auch ihre Rolle als komplementäre Finanzierung von Grundlagenforschung und Schließung der Finanzierungslücken zwischen angewandter Forschung und deren Umwandlung in marktreife Produkte, Verfahren und Dienstleistungen erfüllen.

Bedeutung der Technologiepolitik und Innovationskultur für die Wirtschaftspolitik

Sachsens Wohlstand und Beschäftigung im Jahr 2030 sind in großem Maße von der Innovationskraft abhängig, die von der Bevölkerung, den Institutionen und den hier ansässigen Unternehmen ausgeht. Innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen Technologie können Sachsen zukunftsfähig machen und im internationalen Wettbewerb stärken. Innovative Unternehmen bedürfen jedoch auch einer entsprechenden Innovationskultur sowohl innerhalb der Unternehmen, wie auch in ihrem Umfeld.¹⁵

Eine Innovationskultur kann nicht vorgeschrieben werden, sondern entsteht erst aus gelebten Konzeptionen.

Von Seiten des Staates bedeutet dies demnach, dass dieser systematisch innovationsfreundliche Rahmenbedingungen stecken muss, und auch seinerseits sein Verwaltungshandeln kontinuierlich überprüft.

Die Innovationsfreudigkeit der sächsischen Bevölkerung kann schon von Kindesbeinen an gefördert werden. So können Neugier und Kreativität, aber auch die konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit Forschung und Entwicklung in umstrittenen, jedoch bedeutsamen Bereichen (CCS, Gentechnik, Biotechnologie...) gefördert werden.

Ein breites Verständnis von Innovationskultur umfasst demnach das Bewusstsein für die wirtschaftliche und für die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Innovationen, die Notwendigkeit, dem Freistaat seine Position in regio-

¹⁵ Vahs, D./ Trautwein, H. (2000): Innovationskultur als Erfolgsfaktor des Innovationsmanagements, in: io Management, 69. Jg., Nr. 7/ 8, S. 20-26. (Manuskriptfassung).

nalen, nationalen und globalen Märkten zu sichern, der Kampf um die klugen Köpfe, die Fachkräfte und die Investitionen, die begleitende Öffentlichkeitsarbeit, das sächsische Image, die Bedeutung von Netzwerken und Disziplinen übergreifende Zusammenarbeit.

Bei der Diskussion der Möglichkeiten der Erhöhung der Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft sollte daher weniger im Vordergrund stehen, inwieweit hier die Höhe der sächsischen Fördermittel erhöht werden sollte, zumal angesichts beschränkter Haushaltsmittel ohnehin der Spielraum zu gering ist. Vielmehr zeigt der zu geringe Anteil an privaten FuE-Maßnahmen, dass zu wenige innovative Ideen entweder in den Unternehmen entstehen oder diesen seitens der Forschungseinrichtungen vermittelt werden und entsprechend die sächsischen Unternehmen zu selten hier die Möglichkeit der künftigen Gewinne durch Produktentwicklung erkennen.

Dies liegt tendenziell an folgenden **Ursachen**:

- a) **Kleinteiligkeit der sächsischen Wirtschaft:** Die Unternehmensführungen sind zu sehr mit tagesaktuellen Themen beschäftigt und können daher keine Ideen generieren, oder aber wenn sie generiert wurden, gibt es keine Möglichkeit, ihre Weiterentwicklung im Unternehmen zu organisieren. Es fehlen personelle Kapazitäten, welche sich den Themen Forschung und Entwicklung widmen, wie dies in den entsprechenden Abteilungen von Konzernunternehmen der Fall ist.
- b) **Hemmschwelle und Kommunikationsproblem:** Häufig können Unternehmen ihr Problem und ihre Wünsche gegenüber den Forschungseinrichtungen, und letztere ihr Angebot an Unternehmen nicht definieren. So wird eine zu hohe Hemmschwelle aufgebaut, sich an die Forschungseinrichtungen zu wenden.
- c) **Unübersichtliche Anträge für Fördermittel** halten Unternehmen, die selber keine Mittel für FuE zur Verfügung haben, davon ab, Anträge beim Land Sachsen, dem Bund oder der EU zu stellen.

- d) Starker Produkt-/Technologieorientierung der Innovationsförderung:** Neben der reinen Entwicklung von konkreten Verfahren sollte vermehrt dazu beigetragen werden, dass innerhalb und zwischen den Branchen mehr Gelegenheit zur Ideenentwicklung entsteht.
- e) Verlängerte Werkbänke:** Große Unternehmen haben selten ihren Firmensitz und damit auch nicht die Abteilung Forschung und Entwicklung in ihren Niederlassungen in Sachsen.
- f) Geringe „Absorptionsfähigkeit“ der Unternehmen:** es gilt die Absorptionskapazität der Industrie sowie die Verbindlichkeit und die Professionalität des Technologietransfers aus öffentlicher Forschung fortzuentwickeln.

In einem Ingenieurland wie Sachsen wird naturgemäß den „weicheeren“ Faktoren des Innovationsprozesses zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In diesem Bereich können jedoch beachtliche Potenziale freigesetzt werden, um die Möglichkeiten der Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu nutzen und in in Sachsen angewandte Lösungen umzulenken.

Der Begriff „Innovationskultur“ muss Bestandteil des politischen Leitbildes für Sachsen werden und ist anhand von internationalen Best-Practice-Erfahrungen bereits kurzfristig auf Sachsen operationalisiert herunterzubereiten. Insbesondere bezieht er sich auf die Vermittlung von Innovationskultur in Schulen und Hochschulen, die Aktivitäten in Clustern etc. Um zu erreichen, dass auf diesem Gebiet in Sachsen kontinuierlich Fortschritte erzielt werden, sollte zeitnah ein Monitoringsystem eingerichtet werden.

Ziele

Es werden folgende strategischen Ziele für das Jahr 2030 formuliert:

- Die staatliche Förderung konzentriert sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Förderung von Grundlagenforschung sowie der Unterstützung von Unternehmensnetzwerken. Staatliche Förderinstrumente sind schlank, auf Qualität bedacht und leicht verständlich. Letztlich kann nur durch Innovation die Basis für qualitatives und quantitatives Wachstum unserer Wirtschaft gelegt werden, so dass die entsprechende Förderung unbedingt beibehalten werden muss
- Der Anteil der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP, die sich sowohl aus privaten und öffentlichen Mitteln zusammensetzen, liegt in der Spitzengruppe der europäischen Regionen. Die sächsische Innovationskultur hat Sachsen im europäischen und bundesdeutschen Vergleich einen Spitzenplatz gesichert; dies kann durch Indikatoren (entsprechende Rankings; Zahl der Hidden Champions etc) kontinuierlich gemessen werden. (momentan Platz 5 im Bundesvergleich)¹⁶
- Mit gezielten Anreizen hat der Freistaat eine Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gebaut. Ein gebündelter Technologietransfer trägt dazu bei, dass Ergebnisse der in Sachsen ansässigen Forschungsinstitute insbesondere auch in die sächsische Wirtschaft gelangen. Von Seiten der Unternehmen besteht die Nachfrage nach Forschung, d.h. die Schwellenangst der Unternehmen, sich an die Forschungseinrichtungen zu wenden, ist abgebaut. Auch Universitäten und Forschungseinrichtungen beziehen den Kooperations- und Verwertungsgedanke in den Prozess von Forschung und Entwicklung mit ein und suchen den Kontakt zu sächsischen Unternehmen.

¹⁶ Statistisches Bundesamt, 2014.

- **Der Anteil der FuE-betreibenden Unternehmen ist auf 2.000 zu erhöhen (gegenwärtig 1.100)**
- **Anteil der privatwirtschaftlichen Ausgaben für FuE am BIP auf FuE-Personal in sächsischen Unternehmen auf 20.000 Personen (jetzt 11.700) erhöhen**
- **Zahl der Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner auf 75 Prozent des Bundesschnitts erhöhen (aktuell 35%)**
- **Der Anteil der privatwirtschaftlich finanzierten FuE muss künftig in Sachsen den der öffentlich finanzierten deutlich übersteigen und sich auf 2 Prozent erhöhen (gegenwärtig 1,26 Prozent)**

Wege und Aufgaben

Es ergeben sich folgende Aufgaben für die unterschiedlichen Akteursgruppen:

Staatliche Institutionen

Ziel der Institutionen des Freistaates Sachsens muss es sein, Impulse und Anreize für Kreativität und Innovation zu geben, Innovationshemmnisse abzubauen und Freiheiten zu schaffen, die Innovationen und Investitionen in Forschung und Entwicklung beflügeln.

Primäre Aufgabe der staatlichen Institutionen ist es also, Rahmenbedingungen zu setzen:

a) Anpassung der Ausbildung

- Innovationskultur als Leitmotiv im gesamten Bildungssystem verankern
- Sicherung und Ausbau der Fachkräftebasis

b) Förderung von Grundlagenforschung

- In der Grundlagenforschung stehen nicht konkrete marktreife Produkte im Fokus der Forschung, sondern vielmehr Technologiegrundlagen, die die spätere Basis für anwendungsorientierte Forschung liefern. Zur Steigerung der Innovationsquote müssen aber gerade diese Erkenntnisse der Grundlagenforschung durch einen effektiven Technologietransfer zeitnah in Produktinnovationen umgesetzt werden. Da hier von privater Seite wenig Investitionen zu erwarten sind, gilt es die Grundlagenforschung weiterhin finanziell zu unterstützen.
- Die Lücke zwischen Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Anwendung soll geschlossen werden, indem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Hochschulen sowie aus öffentlichen Forschungseinrichtungen frühzeitig den Dialog mit der Wirtschaft finden und sich entsprechende Transferziele auch in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen finden.
- Auch für die Grundlagenforschung sollte der Effizienzgedanke weiterentwickelt werden.

c) Unterstützung von KMU bei anwendungsorientierten FuE-Vorhaben

- Verlagerung des Schwerpunktes der staatlichen Förderung auf Unterstützung der Unternehmen in der Identifikation von Innovationspotentialen sowie von Potentialen des Zusammenschlusses mit anderen Unternehmen.
- Vollständige Ausweitung des Innovationsbegriffs generell auf die Innovation bei handelbaren Gütern und Dienstleistungen
- Vereinfachung der Fördermittelvergabe bei gleichzeitiger ausschließlicher Qualitätsorientierung, insb. durch rasche Beurteilung von Projektskizzen auf generelle Förderbarkeit und anschließende rasche Antragsbearbeitung

- Erhöhung des Innovationsanreizes durch Durchführung von Wettbewerben um Fördermittel
- Kontinuierliche Vermittlung von Best-Practice-Beispielen.
- Fortführung von Personalförderprogramm zum Aufbau unternehmensstrategisch wichtiger Bereiche, wie z. B. des Innovationsmanagements.
- Verminderung von Barrieren des Zugangs zu Ergebnissen der öffentlichen Forschung.

d) Stärkung von Netzwerken und Clustern

- Langfristige und verlässliche Stärkung technologieorientierter Netzwerke und Cluster zur Förderung des Technologietransfers und einer höheren Absorptionsfähigkeit sächsischer Unternehmen: Unternehmensnetzwerke und Cluster sollen langfristig insb. seitens der Fachministerien und staatlicher Fachinstitutionen unterstützt werden. Diese Unterstützung kann bei noch unterkritischen oder wissenschaftslastigen Netzwerken auch (begrenzt) finanziell erfolgen, jedoch muss das Netzwerkmanagement unternehmerisch (akquisitorisch) handeln können/müssen und in einer Form organisiert werden, dass eine Verminderung des öffentlichen Zuschusses von Vorteil ist.
- "Technologie-Campus"- Ziel ist es, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mittel- bis langfristig mit der Wirtschaft zur Kooperation an einem Ort zusammenzuführen.
- Entwicklung wirksamerer Anreizstrukturen mit klaren, messbaren Zielvorgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Ein Teil der öffentlichen Finanzierung staatlicher Forschungsinstitute sollte künftig daran gebunden werden, inwieweit diese Institute Innovationsprozesse in KMU Sachsens nachweislich und abrechenbar unterstützen.

- Nutzung bestehender konsularischer Beziehungen (Honorarkonsulate) zur Vermarktung des Technologiestandortes Sachsen sowie der gezielten Entwicklung von internationalen Unternehmens- und Forschungskooperationen.

e) Einrichtung einer netzwerkunabhängigen Innovationsplattform

- Gründung einer Sächsischen Innovationsagentur bzw. Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung Sachsen, ggf. in Verknüpfung mit einem Risikokapitalfonds.
- Die Aufgabe dieser Innovationsplattform besteht in der laufenden Verbreitung von Best-Practice und Initiierung von Netzwerken, wie auch der Stärkung der Bekanntheit des Technologie-Standortes Sachsen im In- und Ausland

f) Steuerliche Förderung

- Ausgehend vom Freistaat Sachsen wird eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung gestartet. Sie ist als zusätzliches Instrument neben der Projektförderung einzurichten und sollte (nach dem Vorbild anderer Länder) für kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu Großunternehmen besonders begünstigende Konditionen annehmen. Mit der zusätzlichen FuE-Steuervergünstigung ist Marktnähe gewährleistet, und sie stärkt die Handlungsfähigkeit der Unternehmen, die am besten das Innovationspotenzial einschätzen können (siehe Technologieoffenheit).

g) Innovationskultur in der Verwaltung

- Klare Zuteilung der Technologiepolitik und Innovationsförderung in ein Ressort
- Einsetzung eines Innovationsbeauftragten, der ressortübergreifend mit Kompetenzen ausgestattet ist und die verschiedenen Ressorts zusammenbringt.
- Prüfung einer Auslagerung an eine externe Agentur.

- Bestehende gesetzliche und außergesetzliche Regularien insb. bei der Gestaltung von Förderregularien müssen auf ihre Innovationsfreundlichkeit hin überprüft werden.
- Kürzere Bearbeitungszeiten für FuE-Projektanträge bei der SAB: vier bis sechs Wochen; wobei Anträge ohne Erfolgsaussicht einen schnellen Ablehnungsbescheid erhalten sollten.
- Abschaffung der „Genehmigungspflicht“ für den Beginn des FuE-Vorhabens von Seiten der Bewilligungsbehörde.
- Vereinfachung der Abrechnungsverfahren
- Für Antragsteller, die innerhalb eines kürzeren Zeitraums wiederholt Förderanträge stellen, sollte ein vereinfachtes Verfahren eingeführt werden.

Unternehmen

In Zukunft ist es wichtig, dass die Unternehmen ihre Innovations- und Wachstumsbasis erhöhen. Dies bedarf einer höheren Orientierung an internationalen Märkten, aber auch einer Verbesserung der FuE-(Personal)Intensität, um die Voraussetzungen für engere Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu schaffen.

Von großer Bedeutung ist die Schaffung einer Innovationskultur innerhalb der Unternehmen. Diese kann aber nur aus dem Unternehmen selber heraus entstehen. Unternehmen müssen sich deshalb den Zugang zu externem Wissen verschaffen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis verstärken.

- Förderung betrieblicher Weiterbildung und innerbetrieblicher Ausbildung.
- Öffnung für Innovationsanregungen aus der Wissenschaft.
- Prüfung von Innovations- und Wachstumspotentialen durch Netzwerke und Unternehmenszusammenschlüsse.

Eine weitere wichtige Aufgabe für die Unternehmen ist ihr Beitrag zur Förderung der Akzeptanz des Unternehmertums. Gelingen könnte dies durch verschiedene Maßnahmen:

- Öffnung der Unternehmen in einer „Langen Nacht der Wirtschaft“.
- Übernahme von Verantwortung für Umwelt und Gesellschaft sowie nachhaltige Unternehmenskonzepte.
- Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen (Praktika, Praxistage).

Unternehmensverbände und Kammern

Auch Kammern und Unternehmensverbände spielen eine wichtige Rolle im Bereich der sächsischen Technologiepolitik und Innovationskultur. Sie können vor allem dazu beitragen, dass die aufgrund der Kleinteiligkeit der Betriebsstruktur entstehenden Nachteile ausgeglichen werden. Selbstvereinigungen der Wirtschaft sind gefordert, sich intensivst in die Weiterentwicklung der sächsischen Innovationskultur und deren vertiefenden Verankerung in ihren Unternehmen einzubringen.

Sie sollen daher erreichen:

- Intensivierung der Kooperation mit den allgemein- und berufsbildenden Schulen, Unternehmen und Universitäten im Bereich der Berufsorientierung.
- Beratung der Betriebe bei der Identifikation von Innovationspotentialen sowie Vermittlung von Partnern und Netzwerkkontakten.
- Ausbau des Fortbildungsangebote für Lehrer und Angestellte aus Unternehmen.
- Vernetzung: Abbau der Angst vor Kooperation (Etablierung regionaler Kooperationsbörsen).

Universitäten und Forschungseinrichtungen

Neben der originären Ausbildungsleistung für den akademischen und wissenschaftlichen Nachwuchs und der Forschung sollten die sächsischen Hochschulen und Universitäten sowie die in Sachsen ansässigen Forschungseinrichtungen zunehmend zur technologischen Modernisierung Sachsens beitragen. Durch Kooperation mit Unternehmen können Hochschulen und Forschungseinrichtungen zum Technologietransfer und zur Generierung von wirtschaftlich nutzbaren Innovationen beitragen.

- Unterstützung der Forscher bei der Gewinnung von Drittmittelprojekten mit der lokalen Wirtschaft durch verbesserte Vermittlung der Anwendbarkeit von Forschungsergebnissen seitens der Forschung gegenüber der Wirtschaft.
- Technologiegeber und Wissensvermittler: nicht nur unterstützende Tätigkeiten sondern aktive Vermittlung.
- Engere Kooperation zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen, z.B. durch Industriepromotionen.
- Knüpfung von Fördermitteln an Universitäten und Forschungseinrichtungen teilweise daran, dass sie einen signifikanten Anteil ihrer FuE-Projekte mit sächsischen KMU durchzuführen.
- Studierende, Hochschulabsolventen und wissenschaftliche Mitarbeiter müssen deshalb für eine selbstständige Tätigkeit sensibilisiert/motiviert und auf ihrem Weg dorthin qualifiziert und betreut werden.
- Stärkung der Alumniarbeit auch in Zusammenarbeit mit Begabtenförderungswerken.

Technologie- und Gründerzentren

Technologie- und Gründerzentren (TGZ) sollten eine Scharnierfunktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft übernehmen. Primäre Aufgabe der Technologiezentren ist es, den Technologietransfer zu verbessern und die technologieorientierte Wirtschaftsförderung anzuregen. Die dabei in der Arbeitsgemeinschaft der Technologiezentren Sachsen verfolgten Ansätze sollten dabei ausgewertet, intensiviert und verstetigt werden. Die öffentliche Beteiligung an Technologie- und Gründerzentren sollte an nachweisbaren Ergebnissen in folgenden Bereichen geknüpft sein:

- Repräsentation des Standort Sachsens.
- Vernetzung der Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Staat.

- Vermittlung von Gründungskompetenzen, sowie Akquisition und Unterstützung von technologieorientierten Ausgründungen aus bestehenden Unternehmen, Fusion von technologieorientierten Unternehmensgründungen und Jungunternehmen mit geeigneten, zur Nachfolge anstehenden Unternehmen, um von Beginn an in enger räumlicher Nähe und Kooperation mit anderen Unternehmen schnelleres Wachstum und Marktzugang zu erreichen.
- Konkrete Unterstützung bei der Identifikation von Innovationspotentialen. Dafür müssen die Einrichtungen qualifiziertes Personal binden und finanzieren können. Dies sollte auch durch Fördermittel des Freistaates unterstützt werden, z. B. durch die Öffnung der Innovationsassistentenförderung für TGZ bei gleichzeitigem Monitoring der Erfolge der jeweils gewählten Ansätze.
(siehe Exkurs Best Practice Beispiel Schweden)¹⁷

¹⁷ Exkurs – Best Practice Beispiel in Schweden: Eine ausgeprägte Innovationskultur bietet das Land Schweden. So stufte der von der Europäischen Union veröffentlichte Leistungsanzeiger Innovation Union Scoreboard 2013 Schweden als führendes Innovationsland innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten ein. Regelmäßig erreicht Schweden die besten Werte im Bereich der privaten Ausgaben für Forschung- und Entwicklung, Humankapital, Finanzierung und Unterstützung und Firmeninvestitionen. Diese herausragende Leistung basiert vor allem auf einer langfristig gelebten Innovationskultur. Bereits im Schulalter werden die Kinder in Schweden umfangreich auf die Themen Forschung, Wissenschaft und Unternehmensführung sensibilisiert und durch Wettbewerbe und Simulationen werden entsprechende Kenntnisse bereits in der Jugend in die Praxis umgesetzt. Dies geschieht zumeist in enger Kooperation mit Unternehmen, Stiftungen oder höheren Bildungseinrichtungen. In der Folge hat etwa ein Drittel der schwedischen Bevölkerung einen Hochschulabschluss und in Hinblick auf die Anzahl der ausgebildeten Ingenieure pro Kopf erreicht Schweden Platz zwei weltweit. Zahlreiche innovative Unternehmen im den Bereichen IT, Medizin und Technologie haben ihren Ursprung in Schweden. Diese Entwicklung wurde auch von der schwedischen Regierung erkannt und wird seither durch Einrichtungen wie das Schwedische Amt für wirtschaftliches und regionales Wachstum, das Schwedische Zentralamt für Innovationssysteme oder Schwedische Stiftung für strategische Forschung gefördert. Hinzu kommt, dass der Staat Schweden bereits frühzeitig umfangreiche Investitionen im Bereich der IT-Infrastruktur getätigt hat. Dadurch hat Schweden heute eines der modernsten und meistgenutzten Kommunikationsinfrastruktursysteme weltweit. Hinzu kommt, dass in Unternehmen auf strenge Hierarchien und komplexe Organisationsstrukturen verzichtet wird. Teamwork, Zusammenarbeit und Respekt gegenüber dem Individuum sind tief in der schwedischen Kultur verwurzelt. Schwedische Unternehmen haben schon früh auf eine enge Kooperation mit schwedischen Universitäten und Hochschulen gesetzt.

>> Kapitel 4: Mobilitäts- und Transportinfrastruktur



Zusammenfassung:

Die Wirtschaftsstrategie 2030 der MIT Sachsen geht hinsichtlich der Gewährleistung konkurrenzfähiger Mobilität von Personen, Gütern und Informationen davon aus, dass

- **Die Infrastruktur zur Übertragung von Informationen und die Verkehrsinfrastruktur gemeinsam als Mobilitätsinfrastruktur verstanden und weiterentwickelt werden müssen,**
- **Mobilitätsziele nicht absolut, sondern nur relativ formuliert werden können; sie müssen kontinuierlich auf technische Weiterentwicklungen hin angepasst werden; entsprechende Mobilitätsziele müssen staatlicherseits fortlaufend unter Bezug auf Vergleichsregionen**

formuliert, fortgeschrieben und hinsichtlich ihres Erreichungsgrades beobachtet werden;

- **Mobilitätsziele beziehen sich auf technische Leistungsfähigkeit, Geschwindigkeit und resultierende Umweltbelastungen;**
- **In der Erreichung der Mobilitätsziele Synergien durch die Entwicklung von verkehrsträgerübergreifenden, aber marktkonformen Gesamtsystemen erreicht werden können; dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe für Staat, Kommunen, Verkehrsunternehmen und Wirtschaft.**
- **Die Mobilität von Personen und Gütern aus und nach Sachsen sowohl im Geschäftsverkehr wie im privaten Verkehr durch den ausgesprochen schlechten Ausbau der Bahnanbindungen und zu wenig Angebote an Direktverbindungen im Flugverkehr behindert wird;**
- **Die Breitbandanbindung für viele Unternehmen technisch unzureichend ist und daher als vorrangiges Ziel für den weiteren Breitbandausbau das flächendeckende Angebot für Unternehmen Vorrang haben muss**

Status Quo der Mobilitäts- und Transportinfrastruktur im Freistaat Sachsen

Mobilität hat folgende Aspekte:

- a) Physisch: Fortbewegung von Personen und Gütern
- b) Virtuell: Übermittlung von Daten und Informationen

Durch die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 rückte der Freistaat Sachsen vom Rand in das Zentrum der Europäischen Union. Diese tiefgreifende Veränderung liefert eine große Chance für den Freistaat.

Die technische Infrastruktur besteht in der Verkehrsinfrastruktur sowie den Systemen zur Datenübertragung. In den vergangenen Jahren konnte der Transport von Personen aber auch Gütern stark durch die Übertragung von Informationen ersetzt oder ergänzt werden. **Wenn- gleich dieser Austauschbarkeit offenkundige Grenzen gesetzt sind, gilt es doch, Verkehrs- und Informationsinfrastruktur als ein gemeinsames System zu verstehen und zu organisieren.**

Dabei muss es das Ziel sein, dass sächsische Unternehmen hinsichtlich ihrer regionalen, nationalen und internationalen Anforderungen an die Mobilität von Gütern, Informationen und Dienstleistungen nicht gegenüber anderen deutschen und internationalen Vergleichsregionen benachteiligt sind.

Aktuelle Situation der Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen

Die Grundlage für den zukünftigen wirtschaftlichen Wohlstand des Freistaates Sachsen ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Oberste Prämisse hierfür ist der Erhalt der bestehenden Strukturen, sowie die Kompensation von bisherigen Schwachpunkten. Durch die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 rückte der Freistaat Sachsen vom Rand in das Zentrum der Europäischen Union. Diese tiefgreifende Veränderung liefert eine große Chance für den Freistaat: Aufgrund der hervorragenden geografischen Lage kann Sachsen zum Drehpunkt des Handels mit Osteuropa avancieren. Grundvoraussetzung hier-

für ist eine schnelle und effiziente Verkehrsanbindung von Sachsen zu den nahegelegenen Ballungszentren des In- und Auslandes. Zur Illustration der vorhandenen Potenziale in der unmittelbaren Umgebung Sachsen dient nachfolgende Tabelle:

Region	Einwohnerzahl	Größe in km²	Regionales BIP pro Einwohner (EU27 = 100)
Sachsen	4.043.000	18.415	87
Woiwodschaft Niederschlesien (PL)	2.856.000	19.458	70
Woiwodschaft Oppeln (PL)	1.016.000	9.412	50
Woiwodschaft Schlesien (PL)	4.617.000	12.294	67
Kreis Prag (CZ)	1.247.000	496	172
Nordböhmen (Kreis Usti und Karlový Varý) (CZ)	1.124.000	8.659	63

Quelle: Eurostat 2010, Regionale BIP pro Kopf gemessen am EU 27 Durchschnitt¹⁸

Derzeit verfügt der Freistaat Sachsen über ein einerseits gut ausgebautes und dicht verzweigtes Straßennetz. Zu Betonen sind dabei vor allem die 455 km Autobahn und die über 13.000 km Bundesstraße.¹⁹ Hervorzuheben ist weiterhin die gute Autobahnanbindung der drei sächsischen Ballungszentren Dresden, Leipzig und Chemnitz, die – abgesehen von der Verbindung zwischen Leipzig und Chemnitz - mit den angrenzenden Wirtschaftszentren, wie Berlin,

¹⁸ Eurostat: Regional gross domestic product (PPS per inhabitant in % of the EU27 average) by NUTS 2 regions 2010 Unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?sessionId=9ea7971b30dec9311c2452d5400b80fb8b50aaeeca24.e34RaNaLaxqRay0Lc3uLbNiMc3eKe0?tab=table&init=1&pcode=tgs00006&language=en>

¹⁹ Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch, 2012.

Nürnberg, Jena/Erfurt, Prag und Breslau, gut vernetzt sind. Damit liegt Sachsen an der Spitze der ostdeutschen Länder und auch im bundesdeutschen Vergleich auf den vorderen Plätzen. Allerdings ist weiterhin eine zu große Zahl von Gemeinden nicht innerhalb von 30 min von einer Autobahn aus zu erreichen. Die Herausforderung für die Zukunft wird daher neben dem Abschluss begonnener Vorhaben (siehe Landesverkehrsplan Sachsen 2025)²⁰, der Erhalt der bestehenden Straßenverkehrsstrukturen sowie ein effizienter Anschluss von derzeit noch entlegenen Regionen an Autobahnen oder Oberzentren zu sein.

Im Hinblick auf die Verkehrsanbindung mit dem Ausland werden vor allem die Autobahnen A4 Dresden-Breslau und die A17 Dresden-Prag in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Ferner gibt es derzeit 15 Straßengrenzübergänge in die Tschechische Republik und neun nach Polen, die jedoch Großteils nur unzureichend für den Fern- und Transitverkehr ausgebaut sind. Hier gibt es einen Ansatzpunkt für weitere Investitionen in der zeitnahen Zukunft.

Im Vergleich zum Straßenverkehr stellt der Eisenbahnverkehr in Sachsen einen bedrohlichen Schwachpunkt dar: Gemäß einer Bahnverkehrsstudie der TU Dresden im Jahr 2011²¹ liegen Dresden und Chemnitz unter den fünf am schlechtesten angebundenen Großstädten Deutschlands. Die Ursachen hierfür sind nicht allein in der Randlage Sachsens im innerdeutschen Vergleich an der Grenze zu Polen und Tschechien zu suchen, sondern vor allem in den unzureichenden Anbindungen an das ICE-Netz der Deutschen Bahn AG. So lässt sich Chemnitz beispielsweise derzeit überhaupt nicht mit dem ICE oder IC erreichen. Es ist daher naheliegend, dass das elektrifizierte Streckennetz der Bahn in Sachsen weiterhin ausgebaut werden muss. Dabei ist zu beachten, dass nicht nur die Verbindung der drei sächsischen Großstädte erfolgen muss, sondern vor allem auch die schnelle und effiziente Anbindung an angrenzende Ballungszentren wie Pilsen, Prag und Breslau. Die aktuelle Anbindung z.B. der Ballungsräume Prag oder Nieder-/Oberschlesien entspricht in Fahrtgeschwindigkeit und Qualität nicht dem wirtschaftlichen Potenzial. Es

²⁰ <http://www.verkehr.sachsen.de/8510.html>

²¹ <http://www.cesifo-group.de/portal/pls/portal/docs/1/1210251.PDF>

ist letztlich unverständlich, dass zwischen Frankfurt/Main über Leipzig/Dresden keine moderne Schnellzugverbindung nach Breslau/Krakau verkehrt. Hinzu kommen die unzureichenden Anbindungen der sächsischen Großstädte an innerdeutsche Ballungszentren (beispielsweise Berlin oder der Großraum München). Die extrem schlechten Reisezeiten und geringe Qualität der Verbindung in nahezu alle Richtungen führen dazu, dass Geschäftsverkehr und ein Großteil des privaten Verkehrs **ausschließlich über die Straße** läuft. Das Beispiel der „blauen Banane“ - ein europäischen Großraum zwischen Irischer See und Mittelmeer, dessen Urbanisierung eine Kette von Agglomerationen bildet – zeigt, dass schneller und effizienter grenzüberschreitender Verkehr möglich und erstrebenswert ist.²² Zugleich geben die Achsen Berlin/Dresden/Prag/Poznan/Breslau/Nieder-/Oberschlesien **sowie Kleinpolen angesichts der dahinter stehenden Bevölkerungszahlen und des damit verbundenen Wirtschaftspotenzials Ausgangspunkt für eine zentral** durch Sachsen laufende Verkehrs- wie auch Wirtschaftsachse (Weiterentwicklung der „Blauen Banane“ zum „Blauen Stern“).

Derzeit gibt es sieben Bahngrenzübergänge von Sachsen nach Tschechien und lediglich zwei nach Polen. Von den insgesamt neun Übergängen ist die Strecke Dresden-Děčín (Weiterfahrt nach Prag) die einzige elektrifizierte und damit die einzige für einen effizienten Personen- und Güterverkehr nutzbare Strecke. Die Bedeutung und das Potenzial dieser Verbindung wurde auch von der Europäischen Kommission hervorgehoben, indem sie in die TEN-T (Trans-European Transport Network) aufgenommen wurde. Das „Priority Project 22“ definiert demnach eine europäische Eisenbahntrasse von Dresden/Nürnberg-Prag-Wien-Budapest-Sofia-Athen. Diese verkehrstechnisch sehr attraktive Anbindung liefert zahlreiche Chancen für die gesamte sächsische Wirtschaft, sodass dieses Projekt auch von sächsischer Seite unbedingt gefördert werden muss.²³

Eine ähnliche Entwicklung ist auch für den Bahnverkehr nach Polen erstrebenswert. Vor allem die Strecke Dresden-Bautzen-Breslau liefert ein ähnliches Potenzial wie die Strecke Dresden- Děčín-Prag und sollte daher eben-

²² http://www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Die-Blaue-Banane_230.html

²³ Europäische Kommission: Priority Projects, 2010.



falls zeitnah ausgebaut und elektrifiziert werden. Derartige Projekte sind bereits im Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen.²⁴ Zur Verdeutlichung der angesprochenen Problematik dient die nachfolgende Tabelle, die einen Vergleich mit anderen deutschen Auslandsbahnverbindungen wiedergibt.

Bahnverbindung	Entfernung in km	Durchschnitt. Zeit	Umstiege
Dresden-Krakau	525 km	11:30 h	3-5
Leipzig-Wien	553 km	9:30 h	1-3
Dresden-Prag	157 km	2:30 h	0 (9 Direktzüge pro Tag)
Karlsruhe-Paris	530 km	3:30 h	0-1 (4 Direktzüge pro Tag)
Berlin-Warschau	583 km	5:30 h	0-1 (5 Direktzüge pro Tag)

Quelle: Deutsche Bahn²⁵

Binnenschifffahrt erfolgt in Sachsen lediglich auf der Elbe. Aufgrund der guten Schiffbarkeit liefert die Elbe eine hervorragende Anbindung zur Stadt Hamburg und damit zu einem der größten Hochseehafen Europas. Dieser Zustand muss nachhaltig konserviert werden, damit der Freistaat auch in Zukunft einen direkten Zugang zur Hochseeschifffahrt haben wird. Die drei sächsischen Binnenhäfen Riesa, Torgau und Pirna müssen zukünftig noch besser mit dem Straßen- und Schienenverkehrsnetz verbunden werden, um die vorhanden Potenziale besser auszunutzen.

²⁴ Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015, S.15ff.

²⁵ Vgl. www.deutschebahn.de

Für den Luftverkehr stehen dem Freistaat Sachsen mit den Flughäfen Leipzig und Dresden zwei leistungsfähige, jedoch unterausgelastete Einrichtungen zur Verfügung. Die Unterauslastung im Passagierbereich ergibt sich auch daher, dass für eine höhere Anzahl an Flugverbindungen (insbesondere Direktverbindungen) die kritische Masse an Reisenden fehlt. Dies liegt insbesondere an noch zu geringen internationalen Aktivitäten der sächsischen Wirtschaft, andererseits an zu geringen touristischen Direktreisen nach Sachsen. Das Nichterreichen der kritischen Masse ist jedoch zugleich ein Entwicklungshindernis, da das Nichtvorhandensein von Flugverbindungen wiederum wirtschaftliche Aktivität im allgemeinen wie auch den Tourismus als Wirtschaftsfaktor behindert und damit letztlich ein Teufelskreis besteht, den zu durchbrechen eine prioritäre Aufgabe darstellt.

Vor allem der Flughafen Leipzig als internationales Luftdrehkreuz und als Nummer 2 im Frachtbereich in Deutschland verkörpert einen Standortvorteil Sachsens, der auch weiterhin nachhaltige Investitionen anziehen wird. Grundvoraussetzung für die Attraktivität des Luftfahrtstandortes Leipzig ist die Garantie für Nachtflüge sowie die Verbesserung der Verbindung zwischen beiden Flughäfen (z.B. durch direkter Flughafenshuttle).

Standort Flughafen	Passagiere 2012	Passagierkapazität pro Jahr	Luftfracht 2012
Leipzig-Halle	2.286.151	4,5 Mio	863.665 t
Dresden	1.891.123	3,5 Mio	264 t
Erfurt-Weimar	183.999	1 Mio	2.592 t
Nürnberg	3.600.000	k. A.	99.355 t
Prag	10.974.196	k. A.	54.974 t (2008)
Breslau	1.990.000	2 Mio	928 t

Quelle: Pressemitteilung Flughafen Leipzig-Halle vom 18.01.2013²⁶, sowie Jahresberichte der einzelnen Flughäfen

²⁶ <https://www.leipzig-halle-airport.de/unternehmen/newsroom/pressemitteilungen/mitteldeutsche-flughafen-verzeichnen-2012-gute-verkehrsentwicklung-2551.html>



Datenübertragungsinfrastruktur

Die Beseitigung von Lücken [im Bereich der Internetversorgung] muss prioritätär darauf ausgerichtet sein, dass Unternehmen wettbewerbsfähige, mit dem jeweiligen international gebräuchlichen Standard mithaltende Anbindungen erhalten.

In Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung unserer Gesellschaft gehören neben den klassischen Verkehrsinfrastrukturen auch neue Versorgungsnetze zu den Grundvoraussetzungen einer leistungsstarken Wirtschaft in Sachsen. An erster Stelle steht in diesem Zusammenhang die flächendeckende Verfügbarkeit von leistungsfähigem Internet im Freistaat. Derzeit gehen der Großteil der sächsischen Haushalte und Unternehmen via Breitbandverbindungen ins Internet. Obwohl eine leistungsstarke Internetverbindung vielerorts als selbstverständlich angesehen wird, gibt es auch im ländli-

chen Raum Sachsens noch Nachholbedarf, der zeitnah gedeckt werden muss. Derzeit gilt als Internetgrundversorgung ein Zugang mit einer Geschwindigkeit von 1 Mbit/s. Dieser Standard muss schnellstmöglich überall im Freistaat verfügbar sein, um darauf aufbauend mittelfristig die von der Bundesregierung geforderten 50 Mbit/s Hochgeschwindigkeitsinternet flächendeckend zu gewährleisten.²⁷ Aktuell haben 98,1% der sächsischen Haushalte Breitbandzugang mit mindestens 1 Mbit/s.²⁸ Damit liegt Sachsen im innerdeutschen Vergleich auf Platz elf. Der geforderte Hochgeschwindigkeitszugang von 50 Mbit/s ist derzeit lediglich in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz flächendeckend verfügbar.²⁹ Im internationalen Vergleich dazu verfügen beispielsweise 70 Prozent der südkoreanischen Haushalte über Hochgeschwindigkeitsinternetanschlüsse von bis zu 1 GB/s.³⁰ Vorstellbar ist dabei auch ein Szenario adäquat des estnischen Beispiels, wonach flächendeckendes W-LAN im Freistaat verfügbar wäre. Da vor allem der ländliche Raum derzeit den Plänen nicht gerecht wird, gibt es bereits erste Bestrebungen seitens

²⁷ http://www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/3993.htm

²⁸ Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Ende 2011), TÜV Rheinland im Auftrag des BMWi

²⁹ BMWi Breitbandatlas

³⁰ Vgl. WirtschaftsWoche, Heft Nr. 8, 17.2.2014, S. 18

des sächsischen Staatsministeriums des Inneren einen NGN (Next Generation Network) – Masterplan zu erstellen. Darin sollen auf der Grundlage der vorhandenen Infrastrukturen, Ausbauszenarien entwickelt werden und deren zeitnahe Realisierbarkeit geprüft werden.

Inwieweit im Bereich der Internetinfrastruktur bis zum Jahr 2030 weitere Investitionen getätigt werden müssen, hängt u.a. auch von der Entwicklung der vergleichsweise noch jungen Technologie ab. Festzuhalten ist momentan, dass der Freistaat Nachholbedarf bei der Verfügbarkeit von Basisversorgung mit Internet im ausgewählten ländlichen Raum und flächendeckenden Hochgeschwindigkeitsinternet im gesamten Staatsgebiet hat. Die Beseitigung von Lücken muss prioritär darauf ausgerichtet sein, dass Unternehmen wettbewerbsfähige, mit dem jeweiligen international gebräuchlichen Standard mithaltende Anbindungen erhalten.

Herausforderungen und Ziele der zukünftigen Infrastrukturplanung

Ziele

- **Beginnend ab 2015 Aufstellen von messbaren Mobilitätskriterien (bezogen auf Qualität, Quantität und Nachhaltigkeit) und deren kontinuierliches Monitoring im Vergleich zu Referenzregionen als Grundlage für die Fokussierung von Aufgaben**
- **Erarbeitung von multimodalen Verkehrsleitsystemen, Bestimmung von kritischen Massen zur Rentabilität von strategisch wichtigen Verkehrs- und Bahnanbindung sowie Koordination von touristischen Werbemaßnahmen u.a. zur Erreichung dieser kritischen Massen**
- **Erreichen einer 360°-Radius-Bahn-Anbindung Sachsens (insb. Erreichen von im mitteleuropäischen Vergleich angemessenen Reisegeschwindigkeiten auf den Strecken Leipzig-Kattowitz sowie Berlin-Prag sowie Etablierung von IC- oder ICE-Anbindungen zur Gewährleistung eines angemessenen Reisekomforts und damit Umlenkung eines Teils der Geschäfts- und Privatreisenden von der Straße auf die Bahn)**
- **Integration neuer Herausforderungen in die Planung für zukünftige Infrastrukturen (vor allem demografischer Wandel und der Schutz kritischer Infrastrukturen)**
- **Flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandzugängen gemäß fortzuschreibendem technischem Status-Quo für alle Unternehmen**

Infolge der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Schuldengrenze und der daraus resultierenden Reduzierung des Haushaltsdefizites stehen Investitionen im Bereich der Infrastrukturen mehr denn je in Konkurrenz zu anderen Staatsausgaben. Dies bedeutet, dass künftige Investitionen klaren Effizienzkriterien genügen. Schon heute reichen die Gelder nicht aus, um die vorhandenen Strukturen instand zu halten. Die „Daehre-Kommission“ stellte 2012 fest, dass aktuell jährlich 7,2 Mrd. € im Infrastrukturbereich fehlen, um die geplan-

ten Projekte zu finanzieren.³¹ Zukünftige Investitionen müssen daher vor allem in hoch frequentierten Räumen eingesetzt werden, bzw. an Orten, die eine positive Prognose aufweisen. Dabei besteht für den Freistaat Sachsen eine große Gefahr darin, dass mit dem Hinweis auf in der Vergangenheit erfolgte Investitionen anderen Regionen der Vorrang gegeben wird. Jedoch muss unter Hinweis auf die noch keineswegs erreichte infrastrukturelle Anbindung der Nachbarregionen (und den damit verbundenen Entwicklungsperspektiven) wie auch die – trotz hoher Unternehmensdichten – ungenügend angeschlossenen ländlichen Gebiete weiterhin in die regionale und überregionale Transportinfrastruktur investiert werden.

Allerdings wird der demografische Wandel die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Freistaates nachhaltig beeinflussen und somit auch eine neue Herausforderung an die Verkehrsinfrastruktur darstellen. Aufgrund der langen Lebensdauer von Verkehrsinfrastrukturen heißt es daher, die neuen Anforderungen schon frühzeitig in die Planung mit aufzunehmen. Dies gilt umso mehr, als Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen in der Regel hohe Investitions- und Instandhaltungskosten aufweisen. Daher muss auch hier ein Umdenken erfolgen. Dabei muss die Politik den schwierigen Spagat zwischen Ballungszentren und der zunehmenden Peripherisierung des ländlichen Raumes meistern.

Umso wichtiger wird es daher vermehrt auf intelligente Verkehrsleitpläne zurückzugreifen. Schon heute erfolgt ein Großteil des Personen- und Gütertransport multimodal, das heißt durch mehrere Verkehrsmittel. Infrastrukturinvestitionen dürfen daher nicht mehr nur in Teilbereiche erfolgen, sondern müssen auf das Gesamtkonzept angepasst werden. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sollte dabei Verkehrsvermeidung durch intelligente, marktkonforme Multimodalität (unter Einbeziehung moderner Kommunikationssysteme) erreicht werden.

³¹ http://www.bundesrat.de/DE/gremien-konf/fachministerkonf/vmk/Sitzungen/12-12-19-Uebergabe_20Bericht-Kommission-Zukunft-VIF/Bericht-Kommm-Zukunft-VIF,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Bericht-Kommm-Zukunft-VIF.pdf

Nicht zuletzt muss bei diesem Entwicklungsprozess berücksichtigt werden, dass auch Verkehrsinfrastruktur zu den kritischen Infrastrukturen zählt, deren Beeinträchtigung zu erheblichen Folgeschäden für Gesellschaft und Wirtschaft führen kann. Da das Verkehrssystem in den letzten Jahren immer größer und komplexer geworden ist, ist es zeitgleich auch anfälliger für Störungen oder gezielte Angriffe geworden. Daher muss es ein Hauptziel der Politik sein, diese zu schützen und auch in Notlagen aufrecht zu erhalten.

Neben den kritischen Verkehrsinfrastrukturen werden auch die IT-Infrastrukturen in den nächsten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Vor allem deren Schutz vor Ausfall sowie die Sicherstellung von Verfügbarkeit wird eine der größten staatlichen Herausforderungen in den nächsten zwanzig Jahren darstellen.

Wege und Aufgaben

Staatliche Institutionen

Die staatlichen Institutionen gelten gemeinhin als Hauptverantwortlicher im Bereich Infrastruktur. Ihnen obliegen exklusiv die Hoheit über Straßen-, Binnenschiffahrts- und Luftverkehrswege. In Folge dessen sind die Institutionen verantwortlich für deren Planung, Finanzierung und Instandhaltung. Wie bereits eingangs erwähnt, erfordern Haushaltsbeschränkungen Einsparungen im Bereich der Infrastruktur. Um dennoch ein funktionierendes und gleichzeitig effizientes Verkehrsnetz aufrechtzuerhalten, bedarf es vorab einer genauen Prüfung und Analyse der Verhältnismäßigkeit.

Vor allem die Thematik der Finanzierung wird in den nächsten Jahren immer mehr an Brisanz gewinnen und bedarf daher der Fokussierung der Maßnahmen. Schon heute sind die bis 2019 im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und im Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) größtenteils gebunden. Es bedarf daher einer Weiterführung des Programms, bzw. die Erarbeitung einer alternativen zweckgebundenen Finanzierungsmöglichkeit. (z.B. Schweizer Verkehrsfonds).

Vorstellbar wäre in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung von Fonds zum Ausbau der IT-Infrastruktur. Obwohl in Sachsen die Grundversorgung von 1 Mbit/s mehrheitlich sichergestellt ist, gibt es teilweise noch im ländlichen Raum Nachholbedarf. Allerdings ist die Erschließung dessen oftmals kostspielig und aufgrund der vergleichsweise wenigen Anwendern kaum effizient. Abhilfe hierfür könnte neben der Einrichtung eines Fonds auch ein Anreizmodell für Investoren abseits der Deutschen Telekom schaffen (Nutzung von PPP). Als Beispiel hierfür könnte die Verfahrensweise einiger Kommunen in Baden-Württemberg dienen. Im Landkreis Sigmaringen schlossen sich mehrere Gemeinden zusammen und tätigten die Investitionen in den Aufbau eines Lehrrohrnetzes. Anschließend erfolgte die Ausschreibung an einen privaten Breitbandanbieter mit Gewinnbeteiligung der Kommunen.

Hinsichtlich der Verfügbarkeit von Breitbandzugängen über 50 Mbit/s ist die Situation komplexer. Das Problem hierbei ist nicht die Bereitstellung von Zugängen, sondern die fehlenden Netzkapazitäten hinter den Zugängen. Hier bedarf es im Freistaat Sachsen umfangreicher Investitionen, falls man eine flächendeckende Verfügbarkeit zeitnah garantieren will. Zwar kann ein Teil der fehlenden Kapazitäten durch Synergien mit anderen Glasfasernetzen (u.a. für Autobahnen oder Schienenverkehr) kompensiert werden, jedoch müssten zusätzliche Mittel vom Land Sachsen fließen. Grundvoraussetzung hierfür ist die zeitnahe Erarbeitung des NGN (Next Generation Network) – Masterplans des sächsischen Staatsministerium des Inneren, der zu allererst Kennzahlen für die Verfügbarkeit von Hochgeschwindigkeits-Breitbandanschlüssen definieren muss. Aufbauend darauf müssen anschließend Förderprogramme beschlossen werden. Als Vorbild könnte hierbei das Land Baden-Württemberg dienen, das aus eigenen Mitteln u.a. 35 Mio. € als Förderprogramm zur Verfügung stellt und zusätzlich den Fördersatz von 40 auf 50% erhöht hat, um Anbieter neben der Deutschen Telekom AG anzuziehen.³²

Nicht zuletzt bedarf es einer eindeutigen Effizienzsteigerung in der sächsischen Verkehrsinfrastruktur. Die eingangs aufgeführten Zahlen hinsichtlich der Verbindungen von Sachsen zu angrenzenden Ballungszentren sind unzu-

³² http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/_Ziel_der_nationalen_Breitbandstrategie_fuer_bereits_erreicht/85631.html

reichend. Zur Änderung dieser Situation braucht es nur bedingt Neuinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Vielmehr ist ein vollständiges Ausschöpfen der vorhandenen Potenziale erforderlich. Erster Ansatzpunkt hierfür ist die höhere Verzahnung der einzelnen Verkehrsträger und darauffolgend die Erstellung von integralen Fahrplänen. Vor allem seit dem Ablauf des Fernreisemonopols der Deutschen Bahn (zum 1. Januar 2013) wird die Straße immer attraktiver für schnellen und kostengünstigen Verkehr via Fernbus. Dieser neue und flexible Verkehrsträger muss schnellstmöglich die bestehende Verkehrskonzepte eingebaut werden. Voraussetzung für eine höhere Verzahnung könnte beispielsweise ein einheitliches Reiseportal sein, welches die Kommunikation und Verbindungssuche erleichtert und beschleunigt. In der Regel bedarf es bei der Reiseplanung von A nach B Informationen von ca. fünf Anbietern:

- 1) Nahverkehr in A zum Ausgangspunkt des Fernverkehrs
- 2) Fernverkehr von A nach B via Bahnverbindung
- 3) Alternative Fernverkehr von A nach B via Fernbus
- 4) Alternative Fernverkehr von A nach B via Flugverkehr
- 5) Nahverkehr vom Endpunkt des Fernverkehrs nach B

Ggf. 6) Alternative Taxiunternehmen, bzw. andere private Anbieter (Car-sharing)

Eine einheitliche Plattform würde die Sucher erleichtern und damit die Attraktivität des öffentlichen Personenverkehrs steigern. Mittelfristig könnte sich eine derartige Einrichtung auch als Vermittler für Anbieter erweisen und zu besseren integralen Fahrplänen führen. Als positiven Nebeneffekt kommt es zur Entlastung der bestehenden Infrastruktur durch effizientere Nutzung und zur Reduktion der Abgasemission. Vor allem in Zeiten der voranschreitenden Vernetzung und der weitreichenden Verfügbarkeit von Internet würde sich hier eine mobile Onlinelösung anbieten.

Im Weiteren sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Umwandlung des Ressorts Verkehr im Sächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in ein Ressort Mobilität und integrale Behandlung von Datenübertragungs- und Verkehrsinfrastrukturen
- Engere Kooperation mit den Verkehrsministerien der Nachbarländer und gegenseitige Abstimmung und Konsultation bei der Planung neuer (grenzübergreifender) Verkehrsinfrastruktur mit dem Ziel der koordinierten Vertretung des Ausbaus der durch Sachsen laufenden TENs auf nationaler und europäischer Ebene
- Einbezug der Konsequenzen des Demografischen Wandels bei der Planung zukünftiger Verkehrsinfrastruktur
- Schaffung von Anreizsystemen zur Gründung eines Logistikzentrums bzw. Umschlagplatzes an einem multimodalen Verkehrsknotenpunkt in Sachsen

Supranationale und übergeordnete Institutionen

Die Europäische Kommission hat mit der Erarbeitung des TEN-T (Trans-European Transport Network) ein umfassendes Projekt zur Verbesserung des innereuropäischen Binnenmarktes in Angriff genommen. Mit dem Programm soll innerhalb der EU eine bessere Vernetzung im Binnenmarkt und eine gewisse Vereinheitlichung der Verkehrssysteme angestrebt werden. Des Weiteren soll die Infrastruktur von Energie und Telekommunikation verbessert und das Satellitennavigationssystem Galileo weiterentwickelt werden. Der Freistaat Sachsen ist im Zuge dieses Programms vor allem durch den Ausbau der transeuropäischen Netze betroffen. Diese sieht einen Ausbau der innereuropäischen Bahntrassen vor, wodurch europäische Ballungszentren besser verknüpft werden sollen. Finanziert werden soll das Vorhaben mehrheitlich durch Gelder der Mitgliedsstaaten, wodurch sich das Vorhaben teilweise verzögern kann. Darüber hinaus gibt es derzeit noch nicht genauer definierte

Pläne für eine multimodale Zentralachse Dresden-Kattowitz-Lemberg-Kiew im Rahmen des Netzwerkes für Frieden und Entwicklung.³³ Daraus leiten sich folgende Aufgaben ab:

- Überwachung und Kontrolle des Ausbaus der jeweiligen Teilstrecken
- Ggf. Erhöhung der Finanzierungsanteile der Europäischen Union (u.a. aus den EU Strukturfonds)
- Ausschreibung und Beginn des Ausbaus der multimodalen Achse Frankfurt-Leipzig- Dresden-Kattowitz-Lemberg-Kiew

Unternehmen

Aufgrund der zahlreichen Herausforderungen mit denen sich die staatlichen Institutionen in der Zukunft konfrontiert sehen, ist es unausweichlich, dass auch die einheimischen Unternehmen einen Beitrag zur besseren Nutzung der Infrastruktur im Freistaat leisten. Wichtigste Maßnahme hierfür ist die Erhöhung der Effizienz in Logistik und Transportwesen durch das Ausschöpfen von Synergieeffekten. Dabei ist hervorzuheben, dass es hierbei nicht nur im den Transport von Gütern, sondern auch von Personal handelt. Erste Pilotprojekte, wie beispielsweise Mitarbeiter-Shuttles wurden bereits getestet (s. Volkswagen Sachsen GmbH)³⁴ und für gut befunden.³⁵ Hervorzuheben ist dabei vor allem die Umweltfreundlichkeit und die Entlastung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur in den Spitzenzeiten.

- Schutz der eigenen Versorgungsnetze und kritischen Infrastrukturen (z.B. IT-Netzwerke)
- Suche nach Synergieeffekten im Logistikbereich

³³ http://ec.europa.eu/ten/transport/external_dimension/doc/2005_12_07_ten_t_final_report_en.pdf

³⁴ <http://www.waz-online.de/Wolfsburg/Wolfsburg/Volkswagen/Shuttle-Busse-fahren-jetzt-im-VW-Werk>

³⁵ Vergleichbare Konzepte funktionieren auch in anderen Regionen teils hervorragend, z.B. die Anbindung von ländlichen Gebieten an das BMW-Werk Dingolfing durch eine hochentwickelte seitens des Werkes organisierte Zubringerlogistik.

- Gründung von Logistikzentren an multimodalen Verkehrsknotenpunkten
- Erarbeitung von umweltfreundlichen, alternativen Transportkonzepten
- Intensivere Nutzung des Güterschienenverkehrs
- Ausnutzung von Synergieeffekten beim Personaltransport durch Kooperation mit ÖPNV oder durch Installation von betriebseigenen Shuttlesystem

Universitäten und Forschungsinstitute

- Unterstützung bei der Erarbeitung von Verkehrsprognosen und intelligenten Verkehrsleitsystemen
- Beratende Tätigkeit bei verkehrstechnischen Umstrukturierungen von Unternehmen
- Adäquat zu den Unternehmen Ausnutzung von Synergieeffekten beim Personal-/Studententransport durch Kooperation mit ÖPNV (Semesterticket)
- Erforschung von alternativen Mobilitätskonzepten, um die staatlich vorgehaltene Infrastruktur zu entlasten

» Kapitel 5 Fachkräftebedarf und Bildungspolitik



Zusammenfassung:

Die Wirtschaftsstrategie Sachsen 2030 geht in dem Bereich Fachkräftebedarf und Bildungspolitik davon aus, dass:

- Die kontinuierliche Deckung unseres Fachkräftebedarfs eine der dringlichsten, zugleich jedoch lösbaren wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten zwei Jahrzehnte ist.
- Die erwartete Verknappung von Fachkräften dazu führen wird, dass unsere Gesellschaft achtsamer mit ihren Begabungen umgehen wird, was auch zur erhöhten Chancengleichheit und verstärkten Integration auch sozial benachteiligter Menschen führen wird, zugleich aber auch eine Erhöhung des Verständnisses für konkrete wirtschaftliche Zusammenhänge bereits in der Schule erfordert.

Dennoch hat Sachsen schon jetzt recht günstige Rahmenbedingungen, um dem drohenden Rückgang des Angebots an Fachkräften zu begegnen. Ein Alleinstellungsmerkmal Sachsens ist seine sehr gute Schul- und Universitätsausbildung sowie die hohe Dichte an Forschungsinstitutionen.

- Hervorragende Bildung mit wissenschaftlichem Verständnis, exzellentem Forschertum und stetige Ausrichtung auf Anwendung und Entwicklung unseres erarbeiteten Grundlagen- und Spezialwissens, und eine allgemein gelebte Willkommenskultur schaffen die Möglichkeit, auch überregional Fachkräfte für Sachsen zu gewinnen.
- Für eine langfristige Deckung unseres Fachkräftebedarfs erforderlich ist, dass die Gehaltsstrukturen in Sachsen attraktiv sind, dies bedarf jedoch eine entsprechenden Erhöhung der Wertschöpfung, die jedoch nur durch laufende Modernisierung, Innovation und Qualifizierung erreicht werden kann.
- Das Leitbild einer umfassenden Innovationskultur die Basis für lebenslanges Lernen schaffen wird und wir in einer fairen Leistungsgesellschaft leben.

Status Quo

Seit dem Jahr 2005 verzeichnet Sachsen eine **positive Entwicklung im Bereich der Erwerbstätigkeit**. Im Jahr 2013 erreichte Sachsen mit 1,987 Millionen Erwerbstätigen den höchsten Stand seit 1999. Die Arbeitslosigkeit erreichte zeitgleich den niedrigsten Wert seit 1991. Bei diesen Zahlen ist jedoch auch der fortschreitende Bevölkerungsrückgang zu berücksichtigen.

Bereits seit 1991 erlebt Sachsen einen **Bevölkerungsrückgang**, der besonders auf die Abwanderung in der Gruppe der 20-35 jährigen und den dadurch gesteigerten Auswirkungen des Geburtenrückgangs zurückzuführen ist. Derzeit hat Sachsen zwar einen positiven Wanderungssaldo, allerdings ist dies insbesondere auf den Zuzug von Studenten zurückzuführen, der sich vor allem auf die Städte Dresden und Leipzig konzentriert und den ländlicheren Regionen nicht zur Gute kommt.

Bis 2030 wird die Bevölkerung nur noch 76% des Niveaus von 1991 betragen. Im Jahr 2030 wird das Durchschnittsalter rund 51 Jahre betragen (2013: etwa 47 Jahre). Die erwerbstätige Bevölkerung geht dabei auf rund 60% des Niveaus von 1991 zurück.

Der demographische Wandel führt dazu, dass immer weniger und im Durchschnitt deutlich ältere Arbeitskräfte als heute zur Verfügung stehen und sich insbesondere das Angebot qualifizierter Fachkräfte verringern wird. Eine generell unbefriedigte Nachfrage nach Fachkräften ist derzeit zwar noch nicht zu verzeichnen, in bestimmten Regionen und Branchen ist jedoch bereits heute eine Anspannung des Arbeitsmarktes zu spüren. In Zukunft wird es jedoch in fast allen Regionen und Branchen einen wachsenden Bedarf an Fachkräften geben. Auch bezüglich der Nachfrage von Fachkräften wird es künftig Anpassungsbewegungen geben. Dazu liegen allerdings derzeit noch keinerlei Prognosen vor.

In diesem Papier wird davon ausgegangen, dass ein Arbeitnehmer dann eine Fachkraft ist, sobald dieser eine Ausbildung abgeschlossen und sich über den Schulabschluss hinaus qualifiziert hat.

Bis zum Jahr 2025 wird in Sachsen das Erwerbspersonenpotenzial um rund 500.000 Fachkräfte zurückgehen. Dies ist aber nicht nur ein sächsischer, son-

dern ein europäischer Trend. Kleine und mittlere Unternehmen, das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft, sind von Mangel bei beruflich Qualifizierten besonders betroffen, weil die Mehrzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den gewerblich-technischen Engpassberufen in KMU tätig ist.

Dennoch hat Sachsen schon jetzt recht günstige Rahmenbedingungen, um dem drohenden Rückgang des Angebots an Fachkräften zu begegnen. Ein **Alleinstellungsmerkmal Sachsens ist seine sehr gute Schul- und Universitätsausbildung sowie die hohe Dichte an Forschungsinstitutionen.**

Sachsen belegt beim Bildungsmonitor 2011 mit Abstand zum sechsten Mal in Folge die Spitzenposition. Gemeinsam mit Thüringen weist Sachsen außerdem die besten Betreuungsquoten in ganz Deutschland auf. Darüber hinaus ist auch das Angebot für die Ganztagsbetreuung gut ausgebaut. Sachsen legt einen besonderen Schwerpunkt auf die MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik). In Sachsen nehmen MINT-Stunden in allen Schularten rund ein Drittel der Stundentafel ein. Mathematik, Physik, Biologie und Chemie sind bis zum Abitur verpflichtend vorgeschrieben. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen des PISA-Tests wieder. Sachsens Schüler belegten beim PISA-Test im innerdeutschen Vergleich (2006) sowohl beim Schwerpunkt Naturwissenschaft als auch in den Teilbereichen Mathematik und Lesekompetenz den ersten Platz. In allen drei Testbereichen liegen die Sachsen deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Eine vielseitige Forschungslandschaft und eine hohe Zahl an Universitäten und Forschungseinrichtungen (siehe Kapitel 4) tragen durch die Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften ebenso zum wirtschaftlichen Erfolg Sachsens bei.

Unabhängig von der konjunkturellen Lage wird die Deckung des Fachkräftebedarfs eine der **bedeutsamsten Aufgabe für Politik und Wirtschaft in Sachsen bleiben.**

Ziele

Es werden folgende strategische und messbare Ziele für das Jahr 2030 formuliert:

- Der Anteil der Geringqualifizierten ist um wenigstens 20 Prozent gesunken.
- 50% aller Beschäftigten nehmen jährlich Weiterbildungsmaßnahmen wahr. (2012 deutschlandweit lediglich 99.912 Teilnehmer an Fortbildungs- bzw. Meisterprüfungen)³⁶
- Die Schulabgängerquote ohne Abschluss ist auf unter drei Prozent gesunken (2013: 10,1 %) und der Anteil der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife liegt bei 35 %.
- Die Ausbildungsabbrecherquote wurde um fünfzig Prozent auf ein Sechstel gesunken. (momentan ein Drittel)
- Die Studienabbrecherquote wurde um fünfzig Prozent gesenkt. (aktuell 35% aller Universitätsstudenten brechen ihr Studium ab)
- 75% aller über 55-jährigen sind erwerbstätig. (aktuell 67,6%)
- Jährlich wandern mindestens 2.000 zusätzliche Fachkräften sowie Studien- und Ausbildungsanfänger aus dem Ausland zu.
- Die Erwerbstätigenquote von 20- bis 64-jährigen Frauen liegt bei über 80 Prozent. (aktuell 42,9%)
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von der erwerbstätigen Bevölkerung in Sachsen als überdurchschnittlich (im Vergleich zu anderen Bundesländern) wahrgenommen.

³⁶ Statistisches Bundesamt, 2013, S.104.

Wege und Aufgaben

Es ergeben sich untenstehende Aufgaben für die unterschiedlichen Akteursgruppen. Die Aktivitäten zur Sicherung des Nachwuchses sind – natürlich mit Ausnahme der klassischen Bildungs- und Hochschulpolitik - vorwiegend Aufgabe der Privatwirtschaft (insbesondere der Arbeitnehmer und Arbeitgeber). Der Staat kann sie dabei jedoch zu einem gewissen Maße unterstützen indem er die Rahmenbedingungen setzt. Dabei soll hier nicht auf die Akquirierung ausländischer Fachkräfte eingegangen werden, da dies in einem eigenständigen Kapitel behandelt wird.

Staatliche Institutionen

- Einrichtung eines Landesbeauftragten für Fachkräftesicherung bzw. eines Zentrums für Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen
- Regelmäßige Qualifizierungs- und Fachkräftebedarfsprognosen zur Abbildung des branchen- und regionalspezifischen Personalbedarf und Unterstützung regionaler arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Akteure
- Imagekampagnen für zukunftsfähige Berufe und verbesserte Informationsangebote

a) Schulpolitik

- Erwerb von Wissen und (persönlichen) Kompetenzen bereits in Kindergärten und Kindertagesstätten sowie bessere Verzahnung von Kindergärten und Schulen, Erhöhung des Bildungsanteils in Kindergärten und –krippen, insbesondere auch frühzeitige Heranführung an technische Themen
- Weiterentwicklung der Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungszentren zu Aus-, Um und Weiterbildungszentren
- Moderne Infrastruktur an den sächsischen Schulen sichern und ausbauen

- Einführung einer systematischen Berufsorientierung an den Schulen und eine bessere Ausbildungsfähigkeit, um eine Über-Akademisierung zu vermeiden:
 - Die Fächer Berufsorientierung, Wirtschaft, praktische Fächer und Unternehmenspraktika müssen verpflichtend in den Lehrplan ab der 7. Klasse aufgenommen werden.
- durch die Vermittlung von Vorbildern Schaffung von Respekt vor den Möglichkeiten, die Bildung schafft
- Flexibel einsetzbare Lehrkräfte
- Verbesserung der Lehrerbildung und Attraktivität sowie Wertschätzung des Lehrerberufes steigern, um drohenden Lehrermangel an den sächsischen Schulen zu vermeiden und eine Überalterung des Lehrpersonals zu verhindern
- Verpflichtende und wirtschaftsnahe Weiterbildung des Lehrpersonals

b) Hochschulpolitik

- Eintreten für ein dauerhaftes Zusammenwirken von Bund und Ländern
- Knüpfung von Zuschüssen an erfolgreiche Studienabschlüsse und teilweise an die Ausrichtung auf erwartete Bedarfe der Wirtschaft
- Flächendeckende Umsetzung der Anerkennung von Berufsabschlüssen für den Zugang zu Hochschulen
- Stärkung der Eigenverantwortung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Förderung von Kooperationen
- Personalaustausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft fördern
- Verpflichtende Teilnahme der Sächsischen Hochschulen an internationalen Rankings
- Ausbau des akademischen Weiterbildungsangebots in Sachsen
 - Schnittstellen zwischen beruflicher Praxis und akademischer Weiterbildung müssen durchlässiger gestaltet werden
 - Weiterbildungsangebote müssen bedarfsgerecht und flexibel auf die praktischen Erfordernisse beruflicher Tätigkeit ausgerichtet werden (z. B. durch teilzeit- und berufsbegleitende Studien oder durch Einrichtung dualer Studiengänge)

- akademische Weiterbildungsangebote sollen die Erlangung eines akademischen Grades ermöglichen
- Aufnahme der Maßnahmen zur Reduzierung der Studienabbrüche in die Zielvereinbarungen der Hochschulen mit der Staatsregierung nach eingehender Analyse der Gründe der Abbrüche und auch Schaffung eines „Auffangsystems“ für Studienabbrecher
- Aufnahme folgender Zielvereinbarungen mit den Hochschulen: Rückgang der Abbrecherquote, Förderung von Frauen, behindertengerechtes Studium, Unterstützung bei der Gewinnung von Arbeitsplätzen für Partner, Willkommenskultur etc.

c) Berufsakademie

Das Angebot der Berufsakademie Sachsen ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft maßgeschneidert: Die Studierenden binden sich an einen Ausbildungsbetrieb, der praxis- und bedarfsgerecht auswählt und einstellt, die Berufsakademie liefert die für ein erfolgreiches Berufsleben unerlässliche Basis. Die Abbrecherquote ist auch im Vergleich zu den Fachhochschulen und Universitäten minimal, die Absolventen bleiben zum größten Teil dem Freistaat Sachsen erhalten und schaffen damit hier einen gesamtwirtschaftlichen Mehrwert.

- Die dezentrale Struktur und regionale Ausrichtung der Berufsakademien ist auszubauen.
- Ausbau der verfügbaren Ausbildungskapazitäten und Ausbildungsplätze: jedem Bewerber mit einem zertifizierten Praxispartner sollte künftig ein Studienplatz zur Verfügung stehen.
- Der höchste an der Berufsakademie zu erlangende akademische Grad soll der Bachelorabschluss sein.
- Besonders geeigneten Absolventen der Berufsakademie Sachsen soll die Möglichkeit zur akademischen Weiterqualifizierung im Rahmen von Master- oder Diplomstudiengängen an Hochschulen gegeben werden.

d) Anpassung von Lebensarbeitszeitmodellen

Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung unter älteren Personen kann durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Entwicklung von flexiblen Arbeitszeit- und Rentenmodellen für Arbeitnehmer, die über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus arbeiten wollen;
- Strategien der altersgerechten Arbeit, der Etablierung von Kulturen der beruflichen Fortbildung, neuere Modelle der Altersteilzeit
- Information der Unternehmen über die verschiedenen Möglichkeiten der Produktivitätserhöhung ihrer älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

e) Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt und Unterstützung des beruflichen Wiedereinstieg
- Unterstützung der Unternehmen bei Vermittlung von Best Practice Beispielen
- Erhöhung des Ganztagesangebots bei Schulen und Vorschulen

Wirtschaft

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verfügen oft nicht über die Ressourcen und Planungssicherheit, um sich intensiv um die Rekrutierung der notwendigen Fachkräfte für mehrere Jahre im Voraus kümmern zu können. Dennoch müssen auch die Unternehmen Konzepte entwickeln, wie sie mit weniger Arbeitskräften auskommen können. Arbeitssparende technische Innovationen sind eine Möglichkeit hierfür. Außerdem müssen KMU auch verstehen, dass in der heutigen Zeit, das wichtigste Kapital die Mitarbeiter sind, sodass mehr in Personalentwicklung investiert wird. Die vorhandenen Humankapitalressourcen müssen stärker für das betriebliche Innovationsmanagement und die betriebliche FuE eingesetzt werden. Dafür ist eine entsprechende Entlohnung notwendig.

a) Ausbildung und Weiterbildung

- Stärkere Kooperation zwischen Unternehmen sowie Hochschulen und Schulen durch Informationsbörsen, Praktika etc. zur Gewinnung von Auszubildenden
- Verstärktes individuelles Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter
- Unternehmen müssen erkennen, dass Weiterbildung in jeder Altersgruppe eine Investition in die Zukunft ist, die sich mittel- bis langfristig auch betriebswirtschaftlich rechnet
- Einstiegsqualifizierung für Lernschwache oder Menschen mit Behinderung (Praktikum von einem Jahr vor Ausbildung im voraussichtlichen Lehrbetrieb, gefördert durch Arbeitsagentur)
- „Lehre light“ für Lernschwache oder Menschen mit Behinderung (Bsp.: zweijährige Berufe mit Möglichkeit in den dreijährigen Aufzustocken; Hochbaufacharbeiter mit der Möglichkeit im dritten Jahr den Abschluss als Maurer und Betonbauer zu erlangen)
- Langfristige Sicherung und Förderung der dualen Ausbildung als bewährtes Instrument zur Sicherung des Fachkräftebedarfes und als effektives Instrument zur Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit
- Aktualisierung der Ausbildungsverordnungen an die Ansprüche der Wirtschaft
- Absicherung der Fahrt- und Übernachtungskosten bei Zusammenfassung von Berufsschulstandorten

b) Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Ausbau von betrieblichen Kindergärten und Betreuungsangeboten
- Größere Akzeptanz von Teilzeit und Elternzeit
- Angebot von Pausenmodellen für Elternzeit und Pflegezeit
- Verbesserung des Wiedereinstiegs durch betriebliche Begleitung während der Auszeit

c) Anpassung von Lebenszeitmodellen

- Umdenken in den Betrieben: Lösung von der Vorstellung, dass ältere Arbeitnehmer weniger leistungsfähig seien als jüngere.
- Altersgerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen
 - technischen Ausstattung von Arbeitsplätzen
 - arbeitsorganisatorische Regelungen
 - vorausschauende Arbeitsgestaltung und Arbeitsorganisation
 - passgenaue Weiterbildung
 - betriebliche Gesundheitsförderung
- Orientierung an Best-Practice Beispielen wie der „Demografie-Tarifvertrag“ in der chemischen Industrie, der die längere Erwerbsbeteiligung von Älteren durch geeignete Maßnahmen sicherstellt und gleichzeitig Chancen für ein flexibles Ausgleiten aus dem Erwerbsleben eröffnet.

Schulen

- Beachtung geschlechtsspezifischer Lernunterschiede
- Vorbereitung der Abgänger und Abgängerinnen auf das Berufsleben
- Verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer, um neue fachliche und gesellschaftliche Entwicklungen im Unterricht zu berücksichtigen
- Unterstützung Lernschwacher während der Schulzeit durch Maßnahmen zur Lernmotivation (Schülercamps)
- Regelmäßige Supervision zur frühzeitigen Erkennung von psychischer Belastung der Lehrer und Burnout-Syndromen
- Gezielte Kooperation der Schulen mit anderen Bildungseinrichtungen, Verwaltung, regionaler Wirtschaft, Vereinen und anderen Akteuren der Bürgergesellschaft
- Vermittlung von berufsvorbereitenden Maßnahmen Kompetenzen und Qualifikationen, die die Berufs- und Ausbildungsreife der Jugendlichen erhöhen

Hochschulen

Den sächsischen Hochschulen kommt nicht nur eine wichtige Rolle in der Forschung zu, gleichzeitig sind sie auch als Aus- und Weiterbildungsstätte für hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte zu sehen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den damit einhergehenden Gefahren zunehmender Fachkräfteknappheit wird diese Aufgabe in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Außerdem sind Hochschulen als Haltefaktoren zu betrachten, da sie nicht nur einen Anreiz für die Zuwanderung Studierwilliger aus anderen Ländern darstellen, sondern auch für Landeskin-der, im Freistaat zu bleiben.

- Einführung englischsprachiger Studienangebote sächsischer Hochschulen im Bachelor-, Master- und Weiterbildungsbereich ein, um vermehrt ausländische Studierende anzuwerben und die Internationalisierung der sächsischen Wirtschaft voranzutreiben
- Verbesserung der Beratung bei der Studienwahl als auch bessere Betreuung während des Studiums selbst
 - Anpassung der didaktischen und personellen Rahmenbedingungen an den Hochschulen an die geänderten Studienanforderungen
 - systematische Evaluierung des Lehrpersonals an Hochschulen: Evaluierungen, die auch der Dekan oder das Rektorat bekommt, dürften ein deutlicher Ansporn sein.
- bessere Berufsvorbereitung an den Hochschulen:
 - Ausbau der an den sächsischen Hochschulen eingerichteten Career Center zu Kompetenzzentren für Berufsvorbereitung und –vermittlung
 - Ausbau des Kontakt zwischen Studierenden und (regionaler) Wirtschaft

- Unterstützung der sächsischen Unternehmen in Fragen der Weiterbildung von hochqualifiziertem Fachpersonal aus den Absolventen der Hochschule
- Unterstützung von Studierenden, Absolventen, Promovierenden und Hochschulmitarbeitern beim Aufbau von Netzwerken für Praktika, bei der Vermittlung von Arbeitsmöglichkeiten im Freistaat Sachsen sowie gegebenenfalls auch bei der Anbahnung darüber hinausgehender Kontakte zu sächsischen Unternehmen
- Ausbau der Alumni-Arbeit
- Ausbau des Hochschulmarketings (z. B. die „Kinderuni“, Tage der offenen Tür oder Angebote zum Schnupperstudium)
- Ausbau der Kinderbetreuung an den Hochschulen/ familienorientierte Infrastrukturen:
 - Sicherung der notwendigen Flexibilität für ein Studium mit Kind durch Angebot an Teilzeitstudien
 - Berücksichtigung der Zahl der Kinder von Studierenden bei der Festlegung ihrer Höchststudiendauer

Langfristig bedarf es also eines ganzen Bündels von Maßnahmen, um den massiven Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu dämpfen. Die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen hat daher folgende Hochrechnung durchgeführt:

Maßnahmen bis 2025

ANTEIL DER GERING QUALIFIZIERTEN REDUZIEREN	9.300-18.700
SCHULABGÄNGER OHNE ABSCHLUSS REDUZIEREN	2.300-11.700
AUSBILDUNGSABBRECHER REDUZIEREN	2.000-10.100
STUDIENABBRECHER REDUZIEREN	4.200 - 21.000
ERWERBSTÄTIGENQUOTE DER ÜBER 55-JÄHRIGEN ERHÖHEN	16.700- 43.600
ZUWANDERUNG VON FACHKRÄFTEN	BIS ZU 16.800
RÜCKGEWINNUNG“ DER PENDLER	BIS ZU 133.000
ERHÖHUNG DER ERWERBSTÄTIGENQUOTE DER FRAUEN	93.000-97.000
ALLE MAßNAHMEN	MAX: 351.900
	MIN.: 127.500
ERSATZBEDARF BIS 2020	RUND 215.000 ³⁷

Ausgehend von den für 2009 vorliegenden Angaben zur sozialversicherungs-
pflichtigen Beschäftigung entsteht in Sachsen bis 2020 unter Berücksichti-
gung der Beschäftigten bis 55Jahre rechnerisch ein Ersatzbedarf von rund
215.000 Beschäftigten. Im schlimmsten Fall (bei Addition aller geringsten
Werte außer Zuwanderung und Rückgewinnung der Pendler) können 127.500
weitere Fachkräfte bis 2025 zur Verfügung stehen. Dies würde jedoch noch
den Mangel nicht ausreichen. Im Bestfall (bei Addition aller besten Werte)
können bis 2025 weiter 351.900 Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dies macht
deutlich, dass die künftige Deckung unseres Fachkräftebedarfs zwar eine
enorme Herausforderung darstellt, sie jedoch durch systematische Kombina-
tion vieler Instrumente durchaus zu bewältigen ist.

³⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen, 2011, S. 6ff.

>> Kapitel 6: Internationalisierung Sachsens nach innen und außen



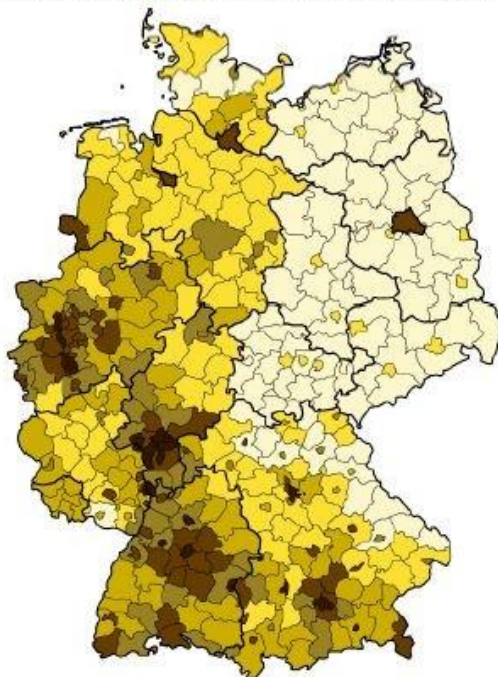
Zusammenfassung:

Die Wirtschaftsstrategie Sachsen 2030 geht in dem Bereich der Internationalisierung Sachsens davon aus, dass

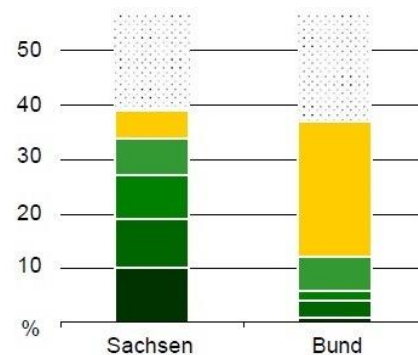
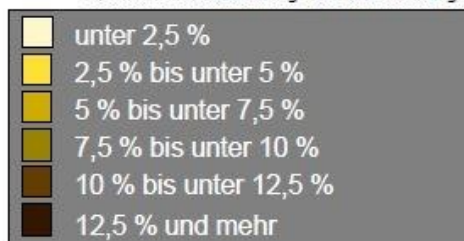
- Sachsen seine internationale Einbindung kontinuierlich ausbauen muss. Hierbei besteht großes unerschlossenes Potenzial in der Beziehung zu seinen Nachbarstaaten Polen und Tschechien, ohne deren kontinuierliche Erschließung Sachsen seine weiterhin bestehende Randlage nicht abbauen kann. Ebenfalls muss Sachsen insbesondere unter der Nutzung von Synergien und gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund die Beziehungen zu den Schlüssel-Industrie- und Kulturnationen der Welt ausbauen und pflegen,

- es Ziel der Staatsregierung sein muss, die Außenwirtschaft Sachsens nachhaltig zu stärken; die Hauptverantwortung hier jedoch bei den Unternehmen liegt,

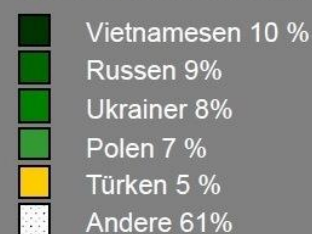
Ausländeranteil nach Landkreisen 2009



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Die fünf stärksten Nationalitäten



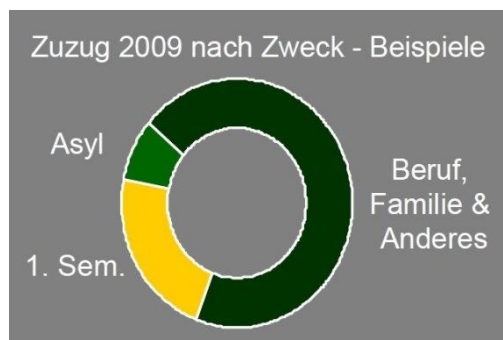
Quelle: Faktenblatt Ausländer in Sachsen, SMI

- Die Internationalisierung der sächsischen Unternehmen immer mehr an Bedeutung gewinnt und mit der sprachlichen und kulturellen Offenheit beginnt, und die Basis für den Zugang zu Wachstumsmärkten wie auch die Integration neuer Mitarbeiter im In- wie Ausland ist.
- Wir gut ausgebildete ausländische Fachkräfte willkommen heißen, um den steigenden Bedarf an Fachkräften zu begegnen

- **Das wichtigste Bindeglied zwischen Zuwanderung und Integration die Mehrheitsgesellschaft mit einer Willkommenskultur bildet, die respektvoll mit allen Fremden umgeht. Die politische und gesellschaftliche Elite muss sich hierbei an die Spitze der Bewegung stellen und Weltoffenheit täglich vorleben.**

Status-Quo der Internationalisierung des Freistaates Sachsen

a) Offenheit für Fachkräfte und Willkommenskultur



Im Freistaat Sachsen leben circa 119.000 Ausländer. Das sind rund 2,9 % der Gesamtbevölkerung. Somit hat Sachsen zwar den höchsten Ausländeranteil in den neuen Bundesländern, liegt damit aber dennoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (9%). In Deutschland leben insgesamt rund

15,3 Millionen Migranten. Dies entspricht fast 19 % der Bevölkerung. Für Sachsen ergibt sich ein Anteil von unter 5 %.

Etwa ein Drittel der Ausländer in Sachsen kommt aus Mitgliedstaaten der EU (29,7 %). Rund 70% stammen aus Drittstaaten. Hiervon kommt die größte Gruppe aus Vietnam (rund 9.000). Fast 41 % der Migranten in Sachsen leben erst seit weniger als sechs Jahren in Deutschland. Ausnahme sind die vietnamesischen Migranten. Die meisten der in Sachsen lebenden Migranten stellen die erste Einwanderer-Generation dar und haben daher eine eigene Migrationserfahrung.³⁸

Über die Hälfte der Ausländer, die nach Sachsen ziehen, kommt wegen einer Berufstätigkeit und bringt Familie mit. In Sachsen leben über 10.000 ausländische Studenten. Im Jahr 2009 haben 4.105 Ausländer als Erstsemester ein Studium in Sachsen begonnen. Diese verlassen aber Sachsen

³⁸ Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept

zum Großteil nach oder vor Beendigung des Studiums wieder und ziehen in andere Bundesländer. 1.476 Ausländer sind als Asylbewerber Sachsen zugewiesen worden.³⁹

Insgesamt ist festzustellen, dass der Zuzug der Ausländer wenig über arrivierte Leute (Greencard), sondern eher über Ausbildung/Studium stattfindet. Die Mehrheitsbevölkerung in Sachsen tritt den Migranten deutlich distanziert gegenüber, da das Bild, das die Mehrheitsgesellschaft von Zuwanderung und Migration hat, oft von großer Unkenntnis anderer Kulturen geprägt ist.⁴⁰

Schwäche im Deutschen bei Ausländern, bei gleichzeitiger Schwäche im Englisch bei den Menschen in Sachsen führen zu schwerwiegenden Einschränkungen bei der Interaktion und Kommunikation mit Menschen vor Ort. Eine eingeschränkte Fähigkeit zur Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung erschwert aber die Integration der ausländischen Mitbürger.

Neben der Sprache, sind die mitreisenden Familienangehörigen ein bisher unterschätzter Faktor der Willkommensgesellschaft. Ihr Wohlbefinden entscheidet über Gehen oder Bleiben der Familie. Nicht in allen Fällen ist jedoch die Begleitung oder der Nachzug der Familie problemlos möglich. So ist derzeit der Familiennachzug nur jenen Paaren gestattet, die verheiratet sind.

Häufig ist auch der Umgang mit den Behörden, z.B. bei Genehmigungen für den Besuch von Verwandten, nicht einfach. Ausländer setzen jedoch ihre Erfahrungen im Umgang mit den Behörden mit ihrem Willkommen-Sein gleich.⁴¹

Die Akteure im Freistaat Sachsen gehen hier schon mit gutem Beispiel voran. Mit dem Projekt AKZESS, haben sich alle Beteiligten verpflichtet, Anträge – vollständige Unterlagen vorausgesetzt – innerhalb von 4 Wochen zu bescheiden. Es ist ein standardisiertes Verwaltungsverfahren, mit dem

³⁹ Faktenblatt Ausländer in Sachsen, SMI

⁴⁰ Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept

⁴¹ Vgl. Jahresbericht 2012 des sächsischen Ausländerbeauftragten

Sachsen den ausländischen Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten einen schnelleren Zugang zum sächsischen Arbeitsmarkt ermöglicht.

Auch in Zusammenhang mit verschiedenen Bundesratsinitiativen hat der Freistaat Sachsen erreichen können, dass rechtliche Regelungen zur Zuwanderung vereinfacht wurden. So ist es inzwischen möglich, dass ein Aufenthaltstitel vergeben werden kann, bevor ein Arbeitsvertrag unterschrieben wurde. Außerdem wurden die Möglichkeiten, einem Nebenjob nachzugehen, für ausländische Studenten vereinfacht. Auch mitreisende Ehepartner haben die Möglichkeit, wenn auch beschränkt, einer Beschäftigung nachzugehen.

Sachsen setzt sich über Faktenblätter für die Bevölkerung, Zeitungsartikel und Workshops gezielt für eine bessere Kommunikation der Notwendigkeit von Zuwanderung ein. Zu erwähnen ist hier auch, dass seit 2009 eine gestiegene Zuwanderung zu verzeichnen ist.

b) Internationale Einbindung Sachsens

Diese Beziehungen gerade mit den Nachbarregionen sollten noch stärker genutzt werden, um gemeinsame Problemstellungen zu identifizieren und gemeinsam in den Zentralregierungen und auf europäischer Ebene zu vertreten.

Laut Artikel 12 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist es ein Staatsziel, dass der Freistaat Sachsen grenzüberschreitende Zusammenarbeit anstrebt, die auf den Ausbau gut nachbarlicher Beziehungen und auf das Zusammenwachsen Europas gerichtet ist.

Der Freistaat Sachsen pflegt seit 1990 breit gefächerte internationale Kooperationen mit über 30 Staaten. Die mittel- und osteuropäischen Länder bilden dabei einen wesentlichen Schwerpunkt. Darüber hinaus öffnet sich Sachsen aber auch für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit Ländern in Amerika, Asien oder Nahost.

Die Euroregionen Neiße, Elbe/Labe, Erzgebirge und Egrensis haben sich als Kreise und Kommunen an den Binnen- und Außengrenzen mit dem Ziel zusammengeschlossen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern.

Die intensivste Form der Zusammenarbeit für Sachsen sind interregionale Partnerschaften mit der Tschechischen Republik, Lubuskie (PL), und Niederschlesien (PL), in denen viele Themen und Gesellschaftsgruppen angesprochen werden. Außerdem betreibt der Freistaat inzwischen Verbindungsbüros in Breslau und Prag.

Aber auch weltweit bestehen Partnerschaften. So gibt es Regionalpartnerschaften mit Quebec und Alberta/Kanada, der Bretagne/Frankreich, Hubei/China, der Slowakei und Ungarn. Auch viele



andere Staaten oder Regionen gehören zu Sachsens Partnern. Sächsische Politiker unternehmen regelmäßig Delegationsreise in diese Staaten und Regionen und empfangen Delegation aus diesen.⁴² Diese Beziehungen gerade mit den Nachbarregionen sollten noch stärker genutzt werden, um gemeinsame Problemstellungen zu identifizieren und gemeinsam in den Zentralregierungen und auf europäischer Ebene zu vertreten.

• Außenwirtschaft

Für den Freistaat Sachsen ist in den Jahren nach der Wende eine starke Zunahme der Außenhandelsverflechtungen zu konstatieren. Im Zeitraum von 1992 bis 2010 verzehnfachten sich die gesamten Ausfuhren des Freistaates Sachsen und stiegen von knapp 2,5 Mrd. € auf 24,9 Mrd. € an.⁴³

	Mio €	zum Vorj.	Mio €	zum Vorj.
	Ausfuhr		Einfuhr	
1999	8.876,7	12,7%	5.823,7	0,7%
2000	10.425,4	17,4%	7.327,2	25,8%
2001	13.209,1	26,7%	8.046,1	9,8%
2002	13.931,7	5,5%	8.309,3	3,3%
2003	15.143,9	8,7%	9.002,3	8,3%
2004	16.259,6	7,4%	9.732,2	8,1%
2005	17.696,2	8,8%	10.623,5	9,2%
2006	19.589,9	10,7%	13.746,9	29,4%
2007	23.432,6	19,6%	14.856,3	8,1%
2008	23.200,0	-1,0%	15.388,8	3,6%
2009	19.501,1	-15,9%	13.605,3	-11,6%
2010	24.743,4	26,9%	16.902,7	24,2%
2011	29.408,4	18,9%	20.252,9	19,8%
2012	31.636,2	7,6%	19.448,5	-4,0%

Mio € bis 2011 endgültige Ergebnisse, ab 2012 vorläufige Ergebnisse;

zum Vorj. = jährliche Entwicklung von Ausfuhr bzw. Einfuhr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um %;

Quelle: Außenhandelsstatistik Sachsen (<http://www.aussenwirtschaft.sachsen.de/288.html>)

Die Dynamik der Ausfuhren wurde dabei maßgeblich durch einige wichtige Handelspartner determiniert. Während Frankreich und die USA weiterhin sehr wichtige Abnehmer sächsischer Waren sind, im Zeitverlauf aber an Einfluss verloren haben, nahm die Bedeutung der Volksrepublik China stetig zu. Neben dem amerikanischen, asiatischen sowie westeuropäischen Raum

⁴² Vgl. <http://www.internationales.sachsen.de>

⁴³ Lehmann, Robert und Steinbrecher, Johannes: Wirtschaftliche Verflechtung Sachsens mit seinen Nachbarregionen in Polen und Tschechien, In: ifo Dresden berichtet 2/2012

spielen auch die osteuropäischen Länder eine immer größere Rolle für den Außenhandel des Freistaates Sachsens.⁴⁴

Der wichtigste Handelspartner bei den sächsischen Einfuhren ist die Tschechische Republik. Neben Polen spielt auch die Russische Föderation eine entscheidende Rolle für den Handel des Freistaates Sachsen. Bei der Dynamik der Einfuhren aus Polen und Tschechien insgesamt zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Ausfuhren.⁴⁵

Wichtigste Länder 2012 Ausfuhr	Mio €	Platz	Wichtigste Länder 2012 - Einfuhr	Mio €
China	4.920,0	1	Tschechische Republik	3.165,2
Vereinigte Staaten	2.768,4	2	Russische Föderation	1.613,2
Vereinigtes Königreich	1.794,8	3	Polen	1.321,4
Frankreich	1.619,9	4	Österreich	1.142,0
Polen	1.444,8	5	Japan	1.092,4
Tschechische Republik	1.366,5	6	Vereinigte Staaten	993,2
Russische Föderation	1.350,7	7	Niederlande	973,4
Italien	1.202,4	8	Frankreich	970,5
Österreich	1.006,3	9	Italien	961,9
Schweiz	990,6	10	China	841,2

Quelle: Außenhandelsstatistik Sachsen (<http://www.aussenwirtschaft.sachsen.de/288.html>)

Zu den wichtigsten Gütern im Außenhandel gehören Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus, des Maschinenbaus und elektronische Erzeugnisse. In Zukunft ist jedoch zu erwarten, dass neue Technologien, so wie die in Sachsen angesiedelte Halbleiterindustrie, an Bedeutung gewinnen werden.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.


MIT

 MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU SACHSEN

Haupterzeugnisse 2012 - Ausfuhr	Mio €
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	13.962,9
Erzeugnisse des Maschinenbaus	3.634,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	3.452,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren, a. n. g.	757,7
Chemische Vorerzeugnisse, a. n. g.	591,5
Waren aus Kunststoffen	479,7
Halbwaren, a. n. g.	442,2

Haupterzeugnisse 2012 - Einfuhr	Mio €
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3.625,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	2.362,3
Erzeugnisse des Maschinenbaus	2.242,3
Erdöl und Erdgas	1.298,7
Mineralölerzeugnisse	642,6
Medizinische Geräte u. orthopädische Vorrichtu	515,4
Chemische Vorerzeugnisse, a. n. g.	510,5

Quelle: Außenhandelsstatistik Sachsen (<http://www.aussenwirtschaft.sachsen.de/288.html>)

Lediglich rund vier Prozent der sächsischen Unternehmen gründeten bisher eine Niederlassung oder haben ein Vertriebsbüro im Ausland. Für künftig notwendig erachten es aber mehr Betriebe, insbesondere für Aktivitäten in Polen (14 %), Russland (13 %), China (12 %) und in den USA (10 %).⁴⁶

Mit dem Exportwachstum liegen die sächsischen Unternehmen etwa doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt von 3,4 Prozent. In Ostdeutschland wuchsen die Importe um 2,8 Prozent. Mit dem Exportvolumen von 31,6 Milliarden Euro ist Sachsen Spitzenreiter unter den fünf ostdeutschen Ländern.⁴⁷ Viele sächsische Unternehmen schöpfen jedoch ihr vorhandenes Potential auf den internationalen Märkten nicht aus. Sächsische Unternehmen sind bezogen auf Ostdeutschland zwar Export-Spitzenreiter, im bundesdeutschen Vergleich aber weiterhin unterdurchschnittlich im Ausland aktiv. Ganz offensichtlich kommen die bisherigen Ansätze von Freistaat,

⁴⁶ <http://www.leipzig.ihk.de/inhalt/geschaeftsfeld/ueber-uns/Kommunikation-oeffentlichkeitsarbeit/Pressemittelungen/Gefragte-Maerkte-saechsischer-Unternehmen-oesterreich-Schweiz-und-Russland.aspx/branch/>

⁴⁷ Vgl. Leitlinien zur Außenwirtschaft im Freistaat Sachsen 2012

Kammern und Unternehmensverbänden, die bislang nicht international aktiven Unternehmen zu motivieren, an ihre Grenzen. Es gilt, die Ursachen hierfür besser zu verstehen und geeignete Gegenmaßnahmen zu finden.

- **Tourismus**⁴⁸

Der Freistaat Sachsen ist bei ausländischen Touristen beliebt. Dies zeichnet sich beispielsweise dadurch aus, dass Sachsen unter den neuen Flächenbundesländern den höchsten Anteil ausländischer Gäste hat. Die Anzahl der Ankünfte von Touristen in Sachsen ist seit 1992 kontinuierlich gestiegen. Die deutschen Touristen machen nach wie vor den größten Anteil an allen Touristen in Sachsen aus (2011: 89 %). Allerdings ist die Anzahl der ausländischen Gäste im Zeitverlauf gestiegen. Dies gilt jedoch nur für Leipzig

und Dresden – im ländlichen Raum ist die Zahl der ausländischen Touristen immer noch marginal.

Allgemein lässt sich feststellen, dass es keine einheitliche Tourismusstrategie für den Freistaat gibt. Oftmals vermarkten sich Regionen einzeln und schöpfen kaum Synergieeffekte ab. Eine einheitliche Marketingstrategie könnte auch die Aufenthaltsdauer von Touristen im Freistaat verlängern.

Die größte Gruppe kommt aus dem europäischen Ausland (2011: 74 %), gefolgt von Gästen aus Amerika und Asien, wobei erstere von 1992 bis 2011 einen gleichbleibenden Anteil von durchschnittlich 12 % verzeichneten, während der Anteil der asiatischen Touristen an den internationalen Ankünften seit 1999 deutlich gestiegen ist (Anteil 1992: 7 %, 2011: 11%).

Im Hinblick auf einzelne Staaten bilden allerdings US-Amerikaner den größten Anteil an allen ausländischen Touristen in Sachsen (2011: 9 %). Auf den nachfolgenden Rängen finden sich Besucher aus den Niederlanden, der

⁴⁸ Vgl. Rauch, Carolin: Sachsen und seine internationalen Gäste - Wo kommen sie her?. In: ifo Dresden berichtet 1/2013

Schweiz, Österreich, Großbritannien, Polen, Italien, Japan und Frankreich. Die Anteile dieser Länder an den ausländischen Ankünften sind im Verlauf der Zeit relativ stabil geblieben.

Den Erwerbstätigen im Tourismussektor fehlt es jedoch oft noch an Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere im Englischen. Auch beschränkt sich die internationale Zusammenarbeit häufig nur auf einzelne Partner in einzelnen Regionen. Es gibt keine institutionalisierte internationale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene beispielsweise mit den Nachbarstaaten. Allgemein lässt sich feststellen, dass es keine einheitliche Tourismusstrategie für den Freistaat gibt. Oftmals vermarkten sich Regionen einzelnen und schöpfen kaum Synergieeffekte ab. Eine einheitliche Marketingstrategie könnte auch die Aufenthaltsdauer von Touristen im Freistaat verlängern.

- **Verkehr**

Der internationalen Anbindung Sachsens müssen derzeit eher schlechte Noten ausgestellt werden. So gibt es zwar Bahnverbindungen nach Polen und Tschechien, doch gehören Dresden und Chemnitz zu den 15 deutschen Großstädten mit schlechtestem Eisenbahnverkehr. So fehlt es bezüglich der internationalen Anbindung Sachsens noch einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Dresden Prag und einer Fernverbindung nach Krakau. Bislang fährt drei Mal täglich eine - gemessen an der Bedeutung der Strecke - schlecht ausgestattete und langsame Verbindung zwischen Breslau und Dresden. Auch die EC-Verbindungen aus Prag, Bratislava, Budapest und Villach halten in Dresden, wobei die Trasse Berlin-Dresden-Prag von der Qualität und Geschwindigkeit der Verbindung her weit hinter internationalen Standards bei der Verbindung von Hauptstädten hinterherhinkt.

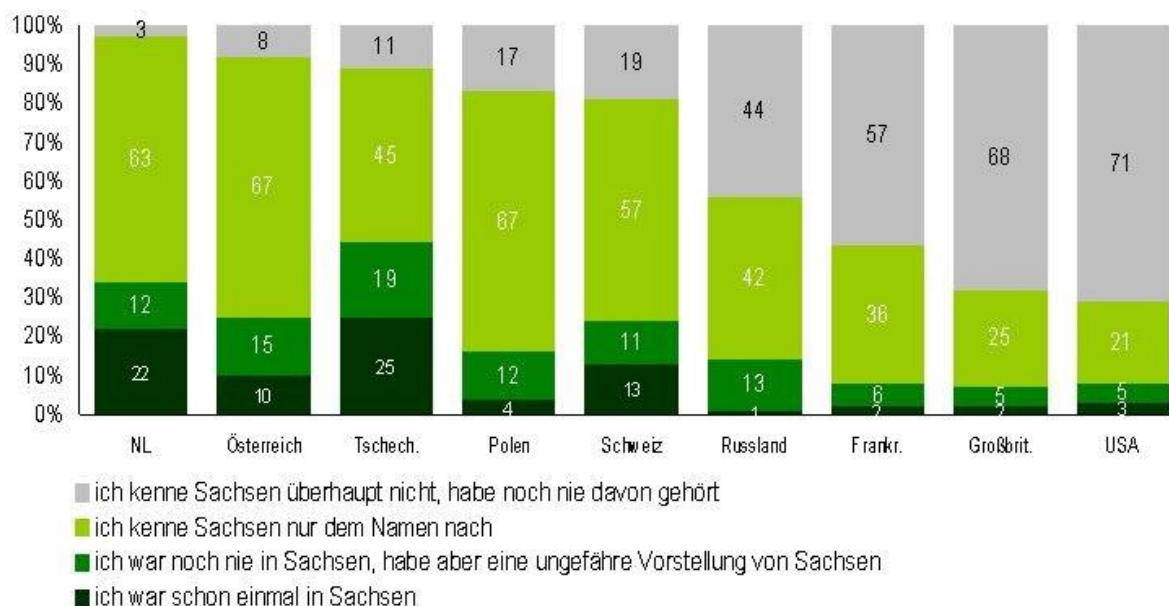
Die beiden sächsischen Flughäfen wurden zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Luftverkehrsmarkt ausgebaut. Der Flughafen Leipzig/Halle erhielt eine zweite interkontinentalfähige Start- und Landebahn.

c) Außendarstellung Sachsens⁴⁹

Sachsen gilt in Deutschland mit seinen schönen Landschaften, attraktiven Städten und seinem kulturellen Reichtum als interessantes Kurz-Reiseziel. Als Standort für Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung wird der Freistaat indes bundesweit noch zu wenig wahrgenommen. Die Menschen außerhalb Sachsens haben mehrheitlich noch nicht den Eindruck, dass Sachsen ein dynamischer Wirtschaftsstandort ist und jungen Menschen viele attraktive Arbeitsplätze und gute Studienmöglichkeiten bietet.

Auch das emotionale Profil Sachsens ist nicht positiv geprägt. Vor allem im Westen wird Sachsen als „altmodisch“, „abstoßend“ und „grau“ beschrieben. Unter jungen Menschen wird besonders die hohe Arbeitslosigkeit und viel Rechtsextremismus aber auch der „unangenehme Dialekt“ genannt.

Zu diesem Ergebnis tragen deutschlandweit und weltweit unzureichende Kenntnisse über Sachsen bei. Im Ausland ist der Freistaat Sachsen insgesamt noch recht wenig bekannt. Dies abzubauen ist eine wesentliche Aufgabe der künftigen PR-Arbeit des Freistaates.



Quelle: Sächsische Staatskanzlei: Standortwerbung für den Freistaat Sachsen, Nationale und internationale Positionierung (Präsentation) Grafik: Bekanntheit Sachsens im Ausland (S.11)

⁴⁹ Vgl. <http://www.standortkampagne.sachsen.de/23692.htm>

a) Offenheit für Fachkräfte und Willkommenskultur

Zuwanderer werden sich für Sachsen nur dann entscheiden, wenn es neben guten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt auch attraktive Lebensbedingungen für sie und ihre Familien gibt.

Der demographische Wandel wird bis zum Jahr 2030 und in den Folgejahren die wohl größte Herausforderung für Sachsen darstellen. Wirtschaftswachstum und gesteigerter Wettbewerb erhöhen die Nachfrage nach zusätzlichen Fachkräften. In vielen Bereichen können ausländische Fachkräfte und qualifizierte Zuwanderer für Sachsen eine Möglichkeit darstellen, dem steigenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich, dass entsprechend attraktive Gehaltsstrukturen bestehen.

Erfahrungen mit der Arbeitserlaubnis für ausländische IT-Spezialisten (die so genannte Green Card) haben gezeigt, dass jede besetzte Fachkraftstelle zusätzliche Arbeitsplätze im nachgeordneten Bereich schafft. Im Umfeld jedes Green-Card-Inhabers wurden im Durchschnitt 2,5 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Insgesamt ist aber festzustellen, dass hier gerade eine Integration über Ausbildung/Studium eine wesentliche Rolle spielt. Sachsen sollte noch attraktiver für ausländische Studierende werden und die Attraktivität Sachsens für ihren Verbleib auch nach dem Studium muss erhöht werden.

Die Attraktivität einer Gesellschaft kann als „Willkommenskultur“ verstanden werden. Willkommenskultur meint dabei nicht nur die Unterstützung der Neuankömmlinge bei der Ankunft, dem Erlernen der Verkehrssprache und dem Einleben in die neue Gesellschaft. Zur Willkommenskultur gehört auch der generelle Umgang mit Vielfalt in einer Gesellschaft: Das bezieht sich auf die Toleranz und Achtung gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln, umfasst die Wertschätzung der bisherigen Leistungen der Zuwanderer und zeigt sich darin, dass Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Gesellschaft angemessen vertreten und für alle

Bewohner als Leistungsträger wahrnehmbar sind. Willkommenskultur fängt auch schon vor dem eigentlichen Deutschlandaufenthalt an und erstreckt sich bis in die Zeit danach.

Zuwanderer werden sich für Sachsen nur dann entscheiden, wenn es neben guten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt auch attraktive Lebensbedingungen für sie und ihre Familien gibt.

b) Internationale Einbindung Sachsens

In jederlei Hinsicht stehen wir heute einer voranschreitenden Globalisierung gegenüber. Keine politische oder wirtschaftliche Frage ist nur noch rein innerstaatlich, sondern alles ist auf transnationaler Ebene miteinander verknüpft. Für Sachsen stellt die Internationalisierung eine enorme Chance dar. Besonders in Zeiten des demographischen Wandels können internationale Märkte neue Absatzmöglichkeiten bieten. Umfragen und Analysen belegen, dass Firmen, die im Exportgeschäft tätig sind, in Form eines höheren Mitarbeiterwachstums und einer Steigerung ihres Umsatzes profitieren können.

Neben den primären Zielmärkten Westeuropas kommt für Sachsen weiterhin eine besondere Bedeutung den Nachbarländern Polen und Tschechien zu; aber auch in den anderen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten bieten sich gute Absatzmöglichkeiten für sächsische KMU. Prognosen bescheinigen den Nachbarländern Sachsens einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung. Besonders hier können sich für Sachsen neue Wirtschaftspartner und Absatzmärkte finden lassen.

Bei den Auslandsmärkten der Zukunft sehen die sächsischen Unternehmen Russland an erster Stelle. Es folgen Österreich, die Schweiz, Nordamerika (USA und Kanada), Asien (China und Indien), Polen, Tschechien, Frankreich und die Niederlande. Daneben besitzen Zukunftsmärkte wie die Golfregion, Vietnam und Brasilien für spezielle Branchen der sächsischen Wirtschaft ebenfalls ein großes Potential. Ebenso spielen die BRICS Staaten und die New Eleven eine immer wichtigere Rolle. Eine politische Flankierung der wirtschaftlichen Maßnahmen ist vorrangig in Ländern bzw. Branchen, die

durch staatlichen Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen geprägt sind, notwendig. Aber nicht nur ein Ausbau des Außenhandels, sondern auch eine verbesserte Qualität des Tourismus in Sachsen kann zur nationalen und internationalen Bekanntheit Sachsens beitragen.

Eine verbesserte internationale Anbindung Sachsens, beginnend mit seinen Nachbarländern Polen und Tschechien, bietet unerlässliche Grundlage für den weltweiten Außenhandel sowie die Tourismuswirtschaft.

c) Außendarstellung Sachsens

Wie oben dargestellt wurde, ist ein negatives Images Sachsens häufig auf fehlende Kenntnisse und die geringe Bekanntheit Sachsens zurückzuführen. Eine positive Außendarstellung Sachsens kann Stimmungen verändern und Einstellungen korrigieren, um dadurch positiv auf das Image des Landes zu wirken. Gewinnen die sächsischen Bürger an Vertrauen und den Stolz auf den Freistaat und auf ihre eigenen Leistungen, kann jeder Einwohner des Freistaates als sein Botschafter agieren.

Durch eine positive Außendarstellung Sachsens, kann sich der Freistaat als lebenswertes Bundesland positionieren sowie potenzielle Investoren und Fachkräfte gewinnen. Die Entscheidung, in den Standort Sachsen zu investieren, einen Unternehmenssitz nach Sachsen zu verlegen oder als Fachkraft nach Sachsen zukommen wird von vielen Faktoren beeinflusst, wobei die Außendarstellung die Standortvorteile vermitteln muss. Dies muss jedoch kontinuierlich und systematisch erfolgen, und alle wirtschaftsfördernden wie kulturellen Instrumente des Freistaates sollten hier auf Basis eines Gesamtkonzeptes eingesetzt werden.

Ziele

Es werden folgende strategische und messbare Ziele für den Zeitraum bis 2030 formuliert:

- **Ausländer kommen gerne nach Sachsen und fühlen sich hier Willkommen. Dies liegt daran, dass die Ausländerbehörden sich schon bis zum Jahr 2020 zu Service- und Dienstleistungsstellen entwickelt haben, mehrsprachig agieren und Informationen mehrsprachig zur Verfügung stellen. Auch die Mehrheitsgesellschaft soll durch gezielte Kommunikation seitens des Freistaates und Zusammenkünfte mit Zuwanderern bis zum Jahr 2020 eine Willkommenskultur entwickeln.**
- **Die Exportquote der sächsischen Wirtschaft gehört zu den führenden innerhalb Deutschlands. (2012 Rang 8 im Bundesvergleich)**
- **Sachsen ist deutschlandweit neben den Küstenregionen Hauptreiseziel für deutsche Touristen und auch für internationale Gäste Hauptreiseziel. (aktuell Platz 7)**
- **Sachsen ist logistisch international vor allem an seine Nachbarstaaten und an internationale Flugdrehkreuze exzellent angebunden.**
- **Der Freistaat Sachsen und seine Bevölkerung haben durch eine erfolgreiche Kampagne ein positives Image innerhalb und außerhalb Deutschlands.**

Wege und Aufgaben

a) Offenheit für Fachkräfte und Willkommenskultur

Es ergeben sich folgende Aufgaben für die unterschiedlichen Akteursgruppen:

Staatliche Institutionen

Staatliche Institutionen können die Zuwanderung von ausländischen und auch die Entstehung einer Willkommenskultur der Bevölkerung durch Weltoffenheit auf allen Ebenen (z.B. im Umgang mit internationalen Delegationen und bedeutenden Persönlichkeiten aus dem Ausland) vorleben und durch die Setzung von Rahmenbedingungen richtige Impulse geben. Ebenso ist die Zuwanderung durch politische Maßnahmen zu begleiten und die Bevölkerung über die Notwendigkeit der Zuwanderung zu informieren, sodass Ängste abgebaut werden können. Außerdem wird so eine Atmosphäre geschaffen, die auch für ausländische Fachkräfte attraktiv ist.

- Engere Zusammenarbeit mit den Relocation Unternehmen
- Erfahrungsaustausch zwischen Personen in staatlichen Institutionen, die bereits Auslandserfahrungen haben und solchen, die noch keine eigenen Erfahrungen sammeln konnten.
- Gezielte kulturelle Vorbereitung derjenigen Personen der staatlichen Institutionen, die auf Wirtschaftsdelegationen oder Persönlichkeiten aus befreundeten Staaten treffen
- Verstärkte Anwerbung ausländischer Studierender sowie verbesserte Vernetzung mit lokalen Unternehmen über Internetplattformen und Jobmessen
- Vereinfachte Regelung des Familienzuzugs (Familiennachzug muss auch alternativen Formen der Partnerschaft gestattet werden)
- Arbeitsmarktzugang für Ehegatten und Partner unabhängig vom Bruttojahresgehalt
- Verbesserte juristische Bedingungen für dual Careers und Ausbau von Info/Tauschbörsen für Jobangebote der Ehepartner

- Hinsichtlich vorgeschriebener Mindestlohnhöhen für zuwandernde Fachkräfte gibt es eine deutliche Benachteiligung strukturschwächerer Regionen, da hier die ortsüblichen Löhne in vergleichbaren Positionen/Branchen oftmals deutlich unter den für eine Niederlassungserlaubnis notwendigen Mindesthöhen liegen. Dadurch müssen ausländische Fachkräfte besser gestellt werden, als Einheimische. Hier ist eine stärkere regionale Differenzierung mit einer Orientierung an ortsüblichen Löhnen notwendig, da die strukturbedingt vorhandenen Leistungsunterschiede sonst manifestiert bzw. verstärkt werden.
- Einrichtung einer zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Migranten für Verweisberatung und Begleitung auf dem Weg zur Anerkennung ausländischer Studien- und Berufsabschlüsse
- Ausdehnung des Berufsanerkennungsgesetzes auf Berufe, die in die Länderzugehörigkeit fallen und Berücksichtigung der Berufserfahrung bei der Anerkennung von Abschlüssen
- Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen beschleunigen und Kosten senken
- Die Kommunen und der Freistaat sollten auf interkulturelle Begegnungen und interkulturellen Dialog setzen und die Internationalität der Region zeigen und sich in öffentlichen Kampagnen und in der Kommunikation zur Willkommengesellschaft bekennen
- Förderung der Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund in Polizei, Kita, Schule und Behörden
- Durch die einfacheren Möglichkeiten beim konzerninternen Fachkräfteaustausch/Entsendung haben gerade große Unternehmen entscheidende Vorteile. Hier gilt es zu prüfen, inwieweit die einfacheren Regeln auch für kleinere Unternehmen, die eben keine Auslandsniederlassungen haben, zugänglich gemacht werden können.
- Noch immer gibt es sogenannte gesperrte Arbeitsmarktregionen, die Nachteile haben, da die Arbeitslosenquote im Agenturbezirk deutlich überdurchschnittlich ist. Betrachtet man sich allerdings die qualifikatorische Struktur der Arbeitslosen, stellt man fest, dass diese oftmals nicht geeignet ist, die Fachkräftenachfrage der Unternehmen zu sichern. Darüber hinaus ist Unternehmen nicht vermittelbar, warum der Nachbaragenturbezirk, der einen ähnlichen Einzugsbereich hat,

nicht zu den gesperrten Arbeitsmarktbezirken zählt. Im Extremfall kann der Unternehmer im Ort A keine ausländischen Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigen, der Unternehmer des Nachbarortes B (im anderen Agenturbezirk) unterliegt derartigen Restriktionen nicht. Diese Regelung gehört abgeschafft.

Verwaltung

- Einrichtung von „Welcome Centern“ in Städten und Kommunen, die unterstützen und auch schon vor der Einreise über das Leben, die Arbeitsumwelt vor informieren sowie Ansprechpartner in Fragen des täglichen Lebens vermitteln
- In den Behörden sollte der Wandel des Selbstverständnisses hin zu mehr Serviceorientierung und zur interkulturellen Öffnung weiter gefördert werden.
- Informationen, Checklisten und Merkblätter der Behörden über Vorgehensweisen, Anforderungen und rechtliche Rahmenbedingungen sowie Einladungsschreiben mehrsprachig anbieten Toleranz und interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter der Ausländerbehörden durch gezielte interkulturelle Trainings und Kurzaustauschprogramme sowie Fremdsprachenausbildung fördern

Unternehmen

Erst durch die aktive Mitwirkung aller im Unternehmen ist eine Willkommenskultur überhaupt umsetzbar. Dabei kommt gerade auf Kammern und Unternehmensverbände die besondere Aufgabe zu, Verbundlösungen zu entwickeln, die den Nachteil kleinerer Unternehmen ausgleichen.

- Öffnung gegenüber einer besseren Bezahlung für junge Fachkräfte und gezielte Vermittlung dieser Notwendigkeit an den Rest der Belegschaft
- Verankerung eines Bekenntnisses zur Diversity in der Unternehmensphilosophie

- Homepage mehrsprachig anbieten sowie Testimonials über erfolgreiche Integration von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf der Homepage und Werbung mit den guten Rahmenbedingungen in Sachsen (geringe Mieten, gute Kinderbetreuung etc.)
- Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen, die bereits Erfahrungen mit ausländischen Fachkräften gesammelt haben und solchen, die diesen Schritt noch nicht gegangen sind
- Ermöglichung von ersten Bewerbungsgesprächen per Internettelefon und Unterstützung bei der Anreise und Unterkunft für das Bewerbungsgespräch
- Patenschaftsprogramme/Mentorenprogramme für Einarbeitung neuer eingewanderter Mitarbeiter sowie Tandemprogramme
- Flexible Arbeitszeiten, um Behördengänge und Sprachkurse zu ermöglichen
- Ermutigung zu Sprachkursen im Herkunftsland. Finanzierungshilfe für Sprachkurse sowie Ermöglichung von Sprachkursen mit berufsbezogenen Wirtschaft
- Unterstützung bei der Jobsuche und geeigneten Schulen für die Familienangehörigen, bei Behördengängen und bei der Wohnungssuche sowie dem Umzug
- Respektierung möglicher andere kultureller und religiöser Feiertage

b) Internationale Einbindung Sachsens

Es ergeben sich folgende Aufgaben für die unterschiedlichen Akteursgruppen:

Staatliche Institutionen

Ziel der Staatsregierung muss es sein, die Außenwirtschaft Sachsens nachhaltig zu stärken. Auch wenn es in der Entscheidung jedes Unternehmens selbst liegt, inwieweit es sich auf internationalen Märkten engagieren möchte, kann seitens der Regierung durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen von der Beratung bis zu Förderangeboten ein positives Umfeld für die außenwirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen des Landes geschaffen werden. Die Staatsregierung, aber auch weitere politische Ebenen innerhalb Sachsens haben hier insbesondere im Umgang mit ausländischen (Wirtschafts-) Delegationen und weiteren ausländischen Gästen, die Möglichkeit Sachsen international als weltoffen und attraktiv zu positionieren. Die Wirtschaftsförderung Sachsen muss hierbei eine Schlüsselrolle einnehmen.

- Intensivierung der internationalen Beziehungen Sachsen durch den Ausbau der Zusammenarbeit in den Euroregionen und den Regionalpartnerschaften sowie der Gewinnung neuer Regionalpartner und Verknüpfung mit gemeinsamen Zielen (z.B. ICE-Anbindung Leipzig-Dresden-Breslau-Krakau, Berlin, Dresden-Prag u.a.)
- Aktivitäten wie Messeauftritten, Unternehmer-/Delegationsreisen, Ansprechpartnern, Förderangeboten etc. längerfristig ausbauen und mit dem Ziel der sächsischen Markenbildung (vgl. Imagekampagne) und mit politischen Begleitaktivitäten harmonisieren.
- Analyse der Ursachen für die mangelnde Aktivität der nicht international aktiven Unternehmen Sachsens und Entwicklung angepasster Instrumente zur Intensivierung
- Informationen zu Schwerpunktländern und –branchen ausbauen und politische Flankierung vorrangig in Ländern bzw. Branchen, die durch staatlichen Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungen geprägt sind

- Vereinfachung der vielfältigen Instrumentarien der Außenwirtschaftsförderung für KMU von Land, Bund und EU, Überprüfung von Ausschlusskriterien und Legung des Schwerpunkts auf Sensibilisierung der 96% der gegenwärtig nicht international aktiven Unternehmen
- Für KMU Angebote zur Erschließung der Wachstumsmärkte entwickeln, insbesondere durch die Erleichterung von Verbundlösungen
- Ausbau der Mehrsprachigkeit im Tourismus sowie Internationalisierung der Dienstleistungswirtschaft stärken
- Einsetzen für eine bessere deutschlandweite und internationale Bahnanbindung Sachsens sowie Verbesserung der Luftanbindung an ein Luftfahrt Drehkreuz insb. Durch verbesserte Schiene/Straße/Luft-Verbundlösungen

Unternehmen

Die wesentlichen Aufgaben liegen vor dem Großteil der Unternehmen Sachsens, die aktuell nicht international aktiv sind. Diese sind gefordert, stärker ihrem Potenzial gemäß:

- Zu prüfen, inwieweit sie auf internationalen Märkten aktiv sein sollten
- Eröffnung von Niederlassungen und Vertriebsstätten im Ausland
- Verstärkte Teilnahme an internationalen Messen
- Benchmarking auf internationaler Ebene und nicht nur im Vergleich zu anderen deutschen Unternehmen
- Ausbau der Dienstleistungen und Tourismusangebote für internationale Gäste
- Lobbyarbeit für den Ausbau des internationalen Verkehrsanschlusses für Sachsen

c) Außendarstellung Sachsens

Es ergeben sich folgende Aufgaben für die unterschiedlichen Akteursgruppen:

Staatliche Institutionen

- zielgruppengerichtete Übersetzung aller Internetseiten des Freistaates. Dazugehört als Standard ein hinreichend breites und aktuelles Angebot an Informationsmaterialien (elektronisch wie gedruckt) über Sachsen, seine wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Potenziale in zielgruppengerichteten Fremdsprachen, das auch von Dritten (z. B. Vereinen, Verbänden oder Unternehmen, die Kontakte mit dem Ausland haben) genutzt werden kann.
- Koordination von imagefördernden Maßnahmen innerhalb und außerhalb Sachsens, die Sachsens Stärken und die Errungenschaften seit der friedlichen Revolution darstellen und seine Weltoffenheit betonen

Unternehmen

- Deutlichere Betonung der Standortvorteile Sachsens

>> Kapitel 7: Ausblick



Eines wird deutlich – die weitere Gestaltung der Wirtschaftspolitik in unserem Bundesland ist eine Langfristaufgabe. Wir werden noch lange daran arbeiten müssen, Sachsen wirklich an die Spitze der europäischen Regionen zu bringen. Die Voraussetzungen sind dazu jedoch hervorragend, und in den vergangenen 25 Jahren wurde enormes geleistet.

Alle haben daran mitgewirkt – die Arbeitnehmer, die Unternehmer und die Politik, die über 20 Jahre einen wirtschaftsfreundlichen Kurs fuhr.

Jedoch werden wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung uns auch in Zukunft immer konsequent und konstruktiv in die Diskussion einbringen.

Wenn unsere Wirtschaftsstrategie 2030 eine Grundlage und einen Beitrag für weitere Diskussionen und die fortwährende Gestaltung und langfristige Weiterentwicklung des wirtschaftspolitischen, sächsischen Weges darstellen kann – dann hat unsere Arbeit ihren Zweck erfüllt.

Mitwirkende Personen an der Wirtschaftsstrategie 2030 der MIT Sachsen

Wir bedanken uns für die Mitwirkung sehr herzlich bei folgenden Personen:

Olaf Besser

Andreas Brade

Dr. Ralf Cordes

Maximilian Deharde

Dr. Jörg Dittrich

Kathleen Dostmann

Bodo Finger

Roland Göhde

Simone Hartmann

Frank Heidan MdL

Dr. Rolf Heinemann

Klaus Hoogestraat

Dr. Christoph Hollenders

Baha Jamous

Dr. Frederik Karsten

Elisabeth Kahler

Ulrike Lerchl

Prof. Dr. Marco Lehmann-Waffenschmidt

Michael Kretschmer MdB

Andreas Lämmel MdB

Christopher Profitlich

Geert Mackenroth MdL

Matthias Matz

Dr. Stephan Meyer MdL

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

Dr. Markus Reichel

Prof. Dr. Willy Spanjers

Prof. Dr. Marcel Thum

Ulrich Tittmann

Wolfgang Topf

Frederic Wutzler

*sowie allen Referenten und
Impulsgebern unserer
Veranstaltungen.*

Diskussionstermine und besprochene Themen

04.03.2013 Auftaktveranstaltung bei der Handwerkskammer Dresden

10.04.2013 Thema Technologiepolitik und Innovationskultur im DFG Forschungszentrum für Regenerative Therapien Dresden (CRTD)

22.05.2013 Thema Fachkräfte und Bildungspolitik bei Robotron Datenbank-Software GmbH

16.07.2013 Thema Internationalisierung Sachsens nach innen und außen bei der IMA Materialforschung und Anwendungstechnik GmbH

22.10.2013 Thema Mobilitäts- und Transportinfrastruktur bei Oberüber | Karger Kommunikationsagentur GmbH

21.11.2013 Offenes Diskussionsforum bei der SYSTEMA Systementwicklung Dipl.-Inf. Manfred Austen GmbH

27.02.2014 Thema Mittelstands- und Strukturpolitik in der Landesgeschäftsstelle der Sächsischen Union

Quellen- und Abbildungsnachweise

Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Sachsen: PERSPEKTIVE 2025: FACHKRÄFTE FÜR SACHSEN, Mai 2011. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: Besondere Ausgleichsregelung: Ergebnisse des Antragsverfahren 2009 – 2013. Eschborn 11. Februar 2014.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Ende 2011), Berlin 2011.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015. bedarfsgerecht - transparent – herausfordernd (Entwurf), Berlin 2013.

Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt: bericht. Monitoringbericht 2012, 3. Auflage, Bonn 2013.

Bundesrat: <http://www.bundesrat.de/VMK/DE/termine/Sitzungen/12-12-19-abschlussbericht-komm-zukunft-vif.html> (Zugriff 12. Dezember 2013).

Der Sächsische Ausländerbeauftragte: Jahresbericht 2012. Dresden 2013.

Deutsches Patent- und Markenamt: Jahresbericht 2012, München 2013.

Europäische Aktion: Die "Blaue Banane". Unter: http://www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Die-Blaue-Banane_230.html (Zugriff 11. Januar 2014)

Europäische Kommission: Network for Peace and Development. Extension of the major trans-European transport axes to the neighbouring countries and region, Brüssel 2005.

Europäische Kommission: Infrastructure - TEN-T - Connecting Europe. Unter: http://ec.europa.eu/transport/themes/infrastructure/index_en.htm (Zugriff 14. Januar 2014)

Eurostat:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?sessionId=9ea7971b30dec9311c2452d%205400b80fb8b50aaeeca24.e34RaNaLaxqRay0Lc3uLbNiMc3eKe0?tab=table&init=1&pcode=tgs00006&language=en> (Zugriff 08. Januar 2014)

Evangelinos, C. (u.a.): Die Erreichbarkeit deutscher Großstädte durch den Schienenpersonenverkehr. In: ifo Institut Dresden (Hrsg.) ifo Dresden berichtet. Dresden 05/2011.

Freistaat Sachsen: Respekt, Toleranz, Achtung. Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept, Dresden 2012.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Bürokratieabbau im Freistaat Sachsen. Ermittlung und Priorisierung der wichtigsten Maßnahmen zum Bürokratieabbau aus Sicht kleiner Unternehmen im Freistaat Sachsen, Köln 2013.

Lehmann, R. (u.a.): Wirtschaftliche Verflechtung Sachsens mit seinen Nachbarregionen in Polen und Tschechien. In Ifo Institut Dresden (Hrsg.) ifo Dresden berichtet, Dresden 2/2012.

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden- Württemberg: Ziel der nationalen Breitbandstrategie für 2014 bereits erreicht. PM 140/2010.

Rauch, C.: Sachsen und seine internationalen Gäste –Wo kommen sie her? In.: ifo Institut Dresden (Hrsg.): ifo Dresden berichtet, Dresden 1/2013

Sächsisches Kabinett: Leitlinien zur Außenwirtschaft im Freistaat Sachsen 2012, Dresden 18. September 2012.

Sächsische Staatskanzlei: Demoskopische Begleitforschung. Unter: <http://www.standortkampagne.sachsen.de/23692.htm> (Zugriff 11.November 2013).

Sächsische Staatskanzlei: Internationale Beziehungen. Unter: <http://www.internationales.sachsen.de/> (Zugriff 12. August 2013).

Sächsisches Staatsministerium des Innern: Faktenblatt Ausländer SMI, Dresden N.N.

Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft: Bewertung der Grundversorgung mit Breitbandinternet bezüglich der Fördermaßnahmen entsprechend der Richtlinie zur Integrierten Ländlichen Entwicklung, Dresden 2011.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft Arbeit und Verkehr: Sächsischer Mittelstandsbericht 2011/12, Dresden 2013.

Statistisches Bundesamt: Jahrbuch. Deutschland und Internationales, Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt: Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern 2009 bis 2011. Unter:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/ForschungEntwicklung/Tabellen/FuEAusgabenUndBIPZeitreihe.html>
(Zugriff 22.04.2014)

Vahs, D. (u.a.): Innovationskultur als Erfolgsfaktor des Innovationsmanagements, 2000.

Impressum

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Sachsen
vertreten durch: den Vorsitzenden Dr. Markus Reichel und die
Schatzmeisterin Kathleen Dostmann

Redaktion und inhaltliche Gestaltung:

Frederic Wutzler
Elisabeth Kahler

Mittelstands und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Sachsen

Landesgeschäftsstelle
Fetscherstraße 32/34
01307 Dresden

Telefon: 0351/ 4 49 17 – 21
Telefax: 0351/ 4 49 17 – 60
E-Mail: post@mit-sachsen.de
Homepage: <http://www.mit-sachsen.de>